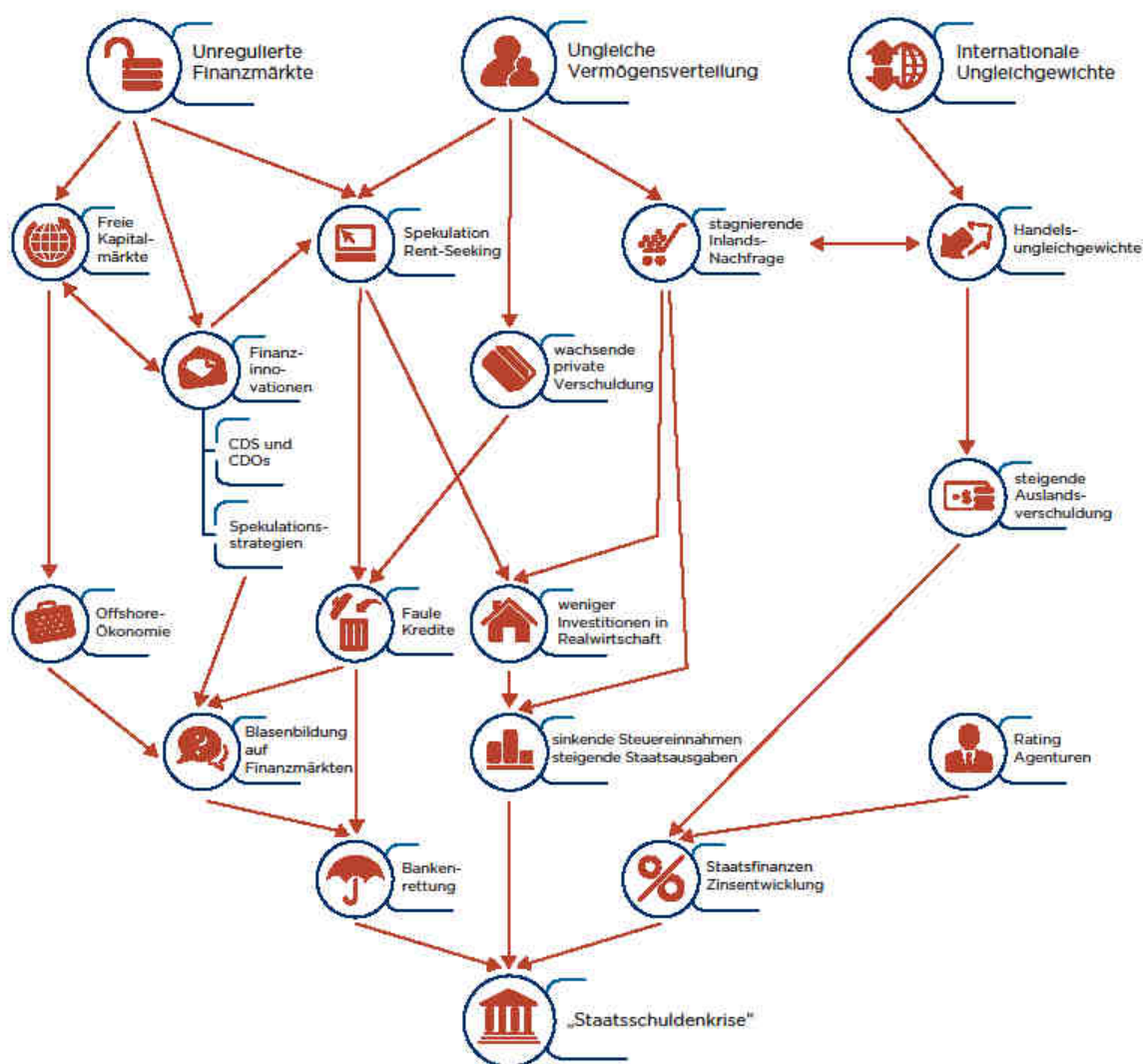


Zusammenhänge sehen, die Krise verstehen

Unterrichtsmaterial für die Auseinandersetzung im Unterricht mit den Ursachen und Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit SchülerInnen der BHS, BMHS oder AHS Oberstufe. Ein Projekt des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts für ein besseres Verständnis der Wirtschafts- und Finanzkrise.



Inhaltliche Redaktion

Marie Jahoda – Otto Bauer Institut
Dr. Georg Hubmann
Harrachstraße 16a/8
4020 Linz
georg.hubmann@jbi.or.at

Didaktische Aufbereitung

Mario Bramberger
JKU Linz
mario.bramberger@gmx.at

Zusammenhänge sehen, die Krise verstehen

Was wir wollen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt seit 2007 die europäische Politik. Egal ob auf europäischer oder nationaler Ebene die Suche nach Lösungswegen ist gerade vor dem Hintergrund der sozialen Auswirkungen der Krisenpolitik im Süden Europas wohl die zentrale Aufgabe.

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Krise wird oft anlassbezogen und kurzfristig argumentiert. Das verhindert manchmal eine strukturierte systematische Auseinandersetzung mit den komplexen Zusammenhängen in der Wirtschafts- und Finanzkrise und damit auch einen offenen und kritischen Blick auf die Punkte wo für einen produktiven Weg aus der Krise anzusetzen wäre.

Mit dem Ziel dieses Defizit zu beheben und eine konstruktive Aufarbeitung der Zusammenhänge rund um die Krise zu leisten, hat das Jahoda-Bauer-Institut gemeinsam mit renommierten WissenschaftlerInnen die Homepage diekriseverstehen.net entwickelt.

Mit dem vorliegenden Unterrichtsmaterial bieten wir Ideen und Anregungen zur didaktischen Umsetzung der Inhalte für den Schulunterricht an. Wir freuen uns, wenn diese auf Ihr Interesse stoßen sowie über Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge.

Was wir anbieten

Die Inhalte der Homepage diekriseverstehen.net sind in den Lehrunterlagen in vier Unterrichtseinheiten gegliedert und mit didaktischen Anleitungen versehen. Auf den folgenden Seiten wurden zu den Unterrichtseinheiten noch weitere didaktische Ideen und Hinweise auf brauchbare Materialien für die Gestaltung des Unterrichts gesammelt. Sei es als Vorbereitung der SchülerInnen auf den folgenden Stoff oder als Alternativen zu den in den Einheiten vorgeschlagenen Methoden. Damit wollen wir Anreize liefern, die SchülerInnen mit dem zukünftigen Lehrstoff schon im Vorhinein vertraut zu machen.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf modernen Medien wie YouTube die heute oft reizvoller sind als gedruckte Zeitungen. Um hier der Zielgruppe gerecht zu werden, beziehen sich viele unserer Vorschläge auf Internetquellen.

Fünf Vorschläge für weitere Elemente der Unterrichtsgestaltung

Vorschlag 1: Newsflash

Beginnen Sie die Unterrichtseinheit mit einem kurzen „Newsflash“. Dazu beauftragen Sie vier bis fünf SchülerInnen sich regelmäßig mit den Nachrichten bezüglich der kommenden Thematik auseinanderzusetzen (bis zur nächsten Einheit), und sich Notizen zu machen. Nach dem Zufallsprinzip wählen Sie eine Person aus der Gruppe – welche sich vorbereitet haben – aus. Diese Person gibt dann die gesammelten Informationen – welche er/sie aus den Nachrichten entnommen hat – preis. Somit bereiten sich alle aus der Gruppe zirka eine Woche gezielt vor, und die restlichen Klassenmitglieder werden kurz informiert. Dies sollte Vorinformationen zum Thema liefern.

Beginnen Sie damit etwa vier Unterrichtseinheiten vor der ersten tatsächlichen Einheit zum Thema.

Vorschlag 2: diekriseverstehen als Einführung

Geben Sie den Schülern folgenden Link:

<http://www.diekriseverstehen.net/>

Ein einfaches Durchklicken auf dieser Seite vor der ersten Einheit hilft als Einstieg und Vorbereitung der SchülerInnen. Grundkompetenzen und Zusammenhänge entstehen schon durch die Klicks genauso wie erleichtert wird, Überschriften gewisse Begriffe zu zuordnen. Sinnvoll ist die Nachfrage, worum es bei der Seite geht und welchen Eindruck man davon hat bzw. wie die Seite aufgebaut ist. Das lässt schon Schlüsse zu, ob die Seite tatsächlich besucht wurde oder nicht.

Vorschlag 3: Begriffsstudium mit dem Glossar

Stellen Sie Ihren SchülerInnen das Glossar zur Verfügung bevor Sie mit der ersten Unterrichtseinheit starten. Geben Sie den SchülerInnen den Auftrag, sich das Glossar bis zum Beginn der ersten Unterrichtseinheit – welche sich mit diesem Thema beschäftigt – durchzulesen. Dieses Glossar beinhaltet viele verschiedenen Fachausdrücke zur Thematik. Eventuell könnten Sie zur Abprüfung, jeden Schüler, drei Definitionen aufschreiben lassen.

Vorschlag 4: Video zur Finanzkrise

Geben Sie ihren SchülerInnen folgenden Link als Vorbereitung:

<http://www.youtube.com/watch?v=NCLTnacLHqw>

Das Video präsentiert die Finanzkrise als einfache Geschichte die ihren Ausgangspunkt bei der Situation eines einzelnen Menschen nimmt. Damit werden die Entwicklungen rund um auch aus individueller Perspektive die Wirtschafts- und Finanzkrise angreifbarer und besser nachvollziehbar. Als Einstieg in die darauffolgende Unterrichtseinheit diskutieren sie die Inhalte und ihre Darstellung im Video.

Vorschlag 5: Textstudium

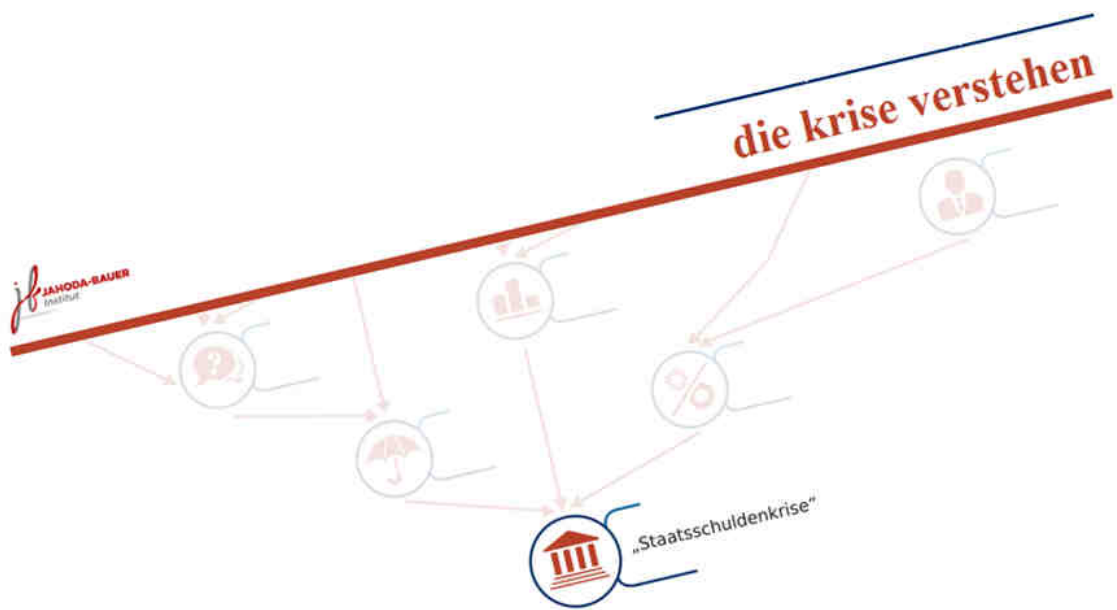
Geben Sie den Schülern folgenden Link:

<http://www.flassbeck-economics.de/der-fall-zypern-oder-die-folgen-der-kollektiven-ignoranz/>

Die SchülerInnen sollen sich bis zu einer bestimmten Deadline mit diesem Text auseinandersetzen. Ziel ist es nicht den Inhalt im Anschluss abzufragen, sondern einfach nur, dass man sichergeht, dass die Schüler die finanzwirtschaftlichen Begriffe schon mindestens einmal vor der ersten Unterrichtseinheit zum Thema im Kontext gelesen haben.

Glossar

Bankenrettungspaket	Unterstützung der Staaten für Banken mit Zahlungsschwierigkeiten
CDO	= Collateral Debt Obligations = Sammelschuldverschreibungen Als CDOs werden gebündelte Wertpapierpakete bezeichnet, in denen Investments von unterschiedlicher Qualität gesammelt werden.
CDS	= Credit Default Swap Ein CDS ist eine Kreditausfallsversicherung, die es ermöglicht gegen die Rückzahlung eines Kredites zu wetten.
Derivat	wird oft auch als Finanztermingeschäft bezeichnet. Ein Derivat ist ein Finanzprodukt, dessen Wert von den zukünftigen Kursen oder Preisen anderer Handelsgüter (Aktien, Rohstoffe, Vermögensgegenstände, etc.) abhängt.
fauler Kredit	= uneinbringlicher bzw. überfälliger Kredit
Fiskalpakt	Der Fiskalpakt bezeichnet einen Vertrag der Staaten der Wirtschafts- und Währungsunion zur engeren Zusammenarbeit in Bezug auf Abgaben und Steuern sowie zur Begrenzung von Ausgaben.
gehandelte Assets	z.B.: Aktien, Anleihen, Rohstoffe, Derivate, ...
Hypothek	Das an einem Grundstück zur Sicherung einer Forderung bestellte Pfandrecht. Die Hypothek dient hauptsächlich als Sicherungsmittel für Kredite.
Offshore-Ökonomie	Unter „Offshore-Ökonomie“ versteht man einen beinahe rechtsfreien Raum, in dem Kapital und Vermögen keinerlei oder kaum gesetzlichen Vorschriften oder Steuerpflichten unterliegt.
Ratingagentur	Ratingagenturen sind Einrichtungen, die Staaten und Institutionen (zB Banken) mit einem Vertrauensindex (Rating) versehen. Dieses Rating gibt an, wie wahrscheinlich es ist, dass Schulden tatsächlich zurückgezahlt werden. HOHES RISIKO → SCHLECHTES RATING → HOHE ZINSEN
Rent-Seeking	Verhalten von Marktakteuren das darauf abzielt, unter Einsatz von Ressourcen (z. B. Geld) wirtschaftspolitische Privilegien (z. B. Steuervorteile) zu erlangen, um so das eigene Einkommen zulasten des Einkommens anderer Marktteilnehmer zu steigern.
Schattenbank	Eine Schattenbank ist die umgangssprachliche Bezeichnung für ein Kreditinstitut, das keine offizielle Banklizenz besitzt und damit auch nicht von den entsprechenden Überwachungsorganen kontrolliert wird.
Staatshaushalt	Gegenüberstellung von Solleinnahmen und Sollausgaben des Staatssektors in einem Haushaltsplan (Budget)
Steueroase	Bezeichnung für Länder, die ein niedriges Steuerniveau haben, weil keine bzw. nur sehr niedrige Steuern oder sonstige Abgaben eingehoben werden.



Unterrichtsplanung

www.diekriseverstehen.net

1. EH für BHS/AHS der höheren Jahrgänge Thema: Wege zur Staatsschuldenkrise

Inhalt

1	Lehrziele	3
2	Sequenzierungsplan	6
3	Unterrichtseinstieg	6
	3.1 Relevanz	7
	3.2 Ablauf	7
4	Informationsinput	8
	4.1 Wege zur Staatsschuldenkrise	8
	4.2 „Staatsschuldenkrise“	8
	4.3 Bankenrettung	9
	4.4 Wer trägt die Kosten?	10
	4.5 Finanznot der Staaten	11
	4.6 Ungleiche Verteilung und ihre Folgen	11
	4.7 Zinsen und die Finanzierung der Staaten	12
	4.8 Wer profitiert von der Krise?	13
5	Lernaufgaben	14
6	Abschluss der Unterrichtseinheit	16

1 Lehrziele

Lehrzielkatalog zu „Wege zur Staatsschuldenkrise“:

Unterrichtsplanung, Frühjahr 2013

Mario Bramberger

Mittwoch, 15. Mai 2013

Angenommenes Vorwissen

- Grundbegriffe im Zusammenhang mit der Finanzkrise
- Grundverständnis Bank- und Kreditgeschäfte
- Entstehung von Schulden
- Interpretation von Diagrammen
- Definition des BIP's

Erzieherische bzw. überfachliche

Lehrziele

(sensu Grell & Grell)

- Weitere Blickwinkel in Bezug auf die Krise definieren können
- Vor- und Nachteilen bzw. Risiken und Probleme im Zusammenhang mit Finanzprodukten nennen können
- Zusammenhang zwischen Konsum und Arbeitslosenrate erklären können
- „Gewinner“ und „Verlierer“ der Krise bewerten können
- Fähigkeit zur Stellungnahme

Kategoriale inhaltliche Aspekte

- Problemidentifizierung bei Schuldenkrisen
- Risikobewertung von Finanzprodukten

	Auswendig wissen	Verstehen	Anwenden/Können	Selbst denken
Fakten		LZ 3		
Konzepte		LZ 1 LZ 5		
Prozeduren		LZ 4 LZ 6	LZ 2 LZ 7	
Metakognitives Wissen				LZ 8

Beschreibung der LZ – siehe auf folgender Seite

www.diekriseverstehen.net

Die Lehrziele:

LZ1: Hohe Ausgaben versus geringe Einnahmen. Erläutern können, wie sich dieses Zusammenspiel auf die Finanzen eines Staates (oder auch auf eine Person [der Schüler selbst]) auswirkt.

LZ2: Verlauf der Staatsschulden im Euroraum nachvollziehen und erläutern können (Probleme und Auslöser kennen).

LZ3: Problemkreislauf der Banken erläutern können.

LZ4: Gründe für den Anstieg der Staatsschulden in G-20 nennen können (Gewichtung).

LZ5: Verstehen, warum das Zinsniveau im Euroraum seit wenigen Jahren auseinanderklafft.

LZ6: Definieren können, was Rating-Agenturen machen.

LZ7: Erklären wie Rating-Agenturen die Wirtschaft und vor allem die Finanzwirtschaft beeinflussen.

LZ8: Vorbeugungen finden, welches es geben hätte können, um nicht in die Finanzkrise zu schlittern.

2 Sequenzierungsplan

<i>Nr.</i>	<i>Phase/Aktivität</i>	<i>Material/Medien</i>	<i>Zeit</i>
1.	Unterrichtseinstieg	Beamer, Einführungsbeispiel auf Power Point Folie	5 min
2.	Informationsinput	Beamer für das Einführungsbeispiel an der Tafel, Grafik auf Power Point Folie,	25 min
3.	Lernaufgabe	Angabe auf Zettel	10 min
4.	Besprechung im Plenum	Tafel	5 min
5.	Abschluss der Stunde		5 min
Summe			50 min

3 Unterrichtseinstieg

In den letzten Unterrichtseinheiten haben wir uns mit einem völlig anderen Thema beschäftigt. Der Abschluss dieses Themas erfolgte bereits. Nun möchte ich, mit euch in ein neues, spannendes und vor allem gegenwärtiges Thema starten.

Nun, wie ihr bereits wisst, könnt ihr bei eurer Hausbank Geld einlegen und gewinnbringend anlegen. Doch das ist nicht das einzige Geschäft, welches eine Bank führt.

Stellt euch folgende Situation vor:

Du gehst zu deiner Hausbank und willst dein Ersparnis gewinnbringend einlegen. Du hast 1.000,- zur Verfügung und erhoffst dir bei deinem Sparbuch einen hohen

www.diekriseverstehen.net

Zinsertrag. Der zuvorkommende Bankangestellte bietet dir nun ein Sparbuch mit 1,125% jährlich Verzinsung an, und gibt dazu noch preis, dass dies ein hervorragendes Angebot sei. Derzeit sind die Zinsen für Einlagen auf einem sehr niedrigen Niveau. Du nimmst das Angebot an und verlässt glücklich die Bank.

Aber was passiert nun eigentlich mit deinem Geld? Bleiben deine 1.000,- Euro die gesamte Zeit im Banktresor oder wird mit deinem Geld fleißig gehandelt? Es wird gehandelt! Dein Geld ist nun Spielball deiner Bank, mit dem versucht wird, an noch mehr Geld zu gelangen. Aber wie ist das möglich?

Mit dieser Frage werden wir uns im weitesten Sinne die gesamte Unterrichtseinheit heute beschäftigen.

3.1 Relevanz

Besonders wichtig ist es, dass wir nach dieser Stunde, einschätzen können, was die grundlegenden Probleme der Finanzkrise waren bzw sind. Dies sollte die Folge daraus sein, dass die Schüler und Schülerinnen die Grundbegriffe aus der Welt der Finanzwirtschaft kennenlernen.

Dieses Wissen ist für das zukünftige Alltagsleben von besonderer Bedeutung. Dieser Inhalt sollte den Schülern und Schülerinnen nicht nur helfen, Artikel in den verschiedensten Medien mit einem gewissen Basiswissen verstehen zu können, sondern ihnen auch dabei helfen, sich im Bankwesen zu Recht zu finden.

3.2 Ablauf

Zu Beginn werde ich euch die Thematik etwas detaillierter vortragen. Damit möchte ich, dass ihr die Grundbegriffe und eine Skizze rund um das Thema der Finanzwirtschaftskrise kennenlernt und damit umgehen könnt. Danach werden wir uns noch mit den Auswirkungen dieser Krise auseinander setzen.

Damit ihr das Gelernte auch verfestigen könnt, habe ich eine Lernaufgabe für euch vorbereitet. Die Lernaufgabe ist dann in Partnerarbeit zu lösen.

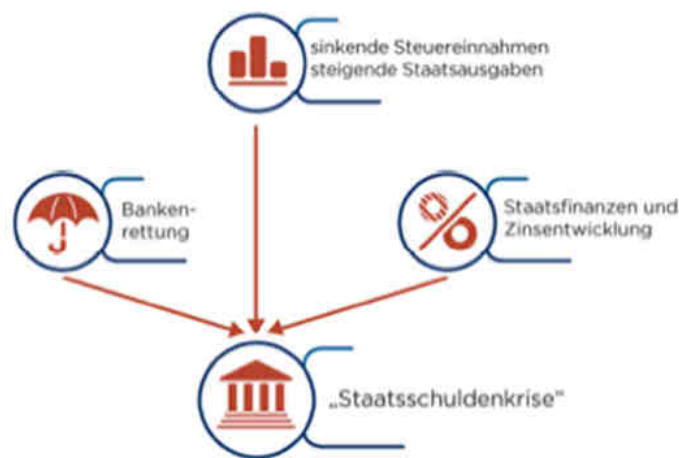
In den letzten Unterrichtsminuten werden wir dann eure Ergebnisse im Plenum vergleichen und die wichtigsten Punkte nochmals wiederholen.

www.diekriseverstehen.net

4 Informationsinput

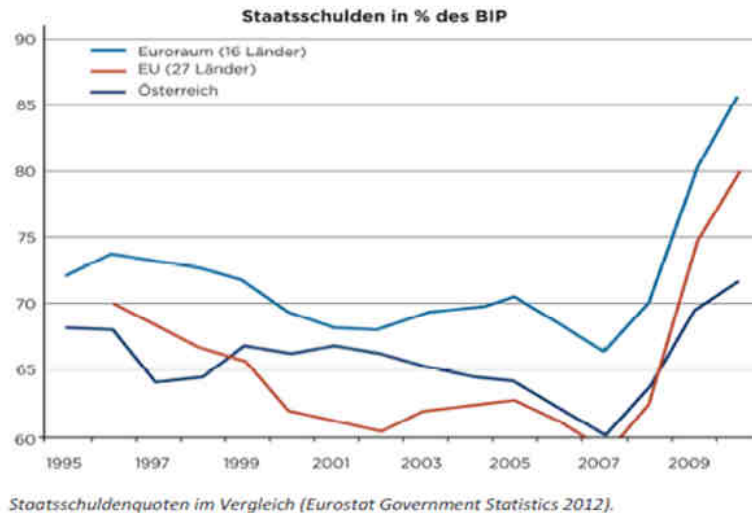
4.1 Wege zur Staatsschuldenkrise

Als Staatsschuldenkrise wird aktuell meist über die Finanz- und Wirtschaftskrise berichtet. Das ist ein sehr eingeschränkter Blickwinkel, denn schon die Ursachen für die gestiegenen Staatsschulden werden selten im Zusammenhang dargestellt.



4.2 „Staatsschuldenkrise“

Über die Finanzkrise wird heute in den Medien zumeist als "Staatsschuldenkrise" gesprochen, weil die Schulden der Staaten in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) stark angestiegen sind. Wichtig ist in dem Fall allerdings genauer hinzusehen, warum die Staatsschulden gestiegen sind. Die Kombination aus sinkenden Einnahmen und den Ausgabenerhöhungen für die Abstützung der Konjunktur und die Einrichtung von Bankenrettungspaketen sind die wichtigsten Faktoren für die Finanznot der Staaten. Die Entwicklung der Staatsschulden in der unten stehenden Grafik zeigt den Anstieg der Staatsschulden seit Beginn der Krise.



Die Staatsschulden waren (in Relation zur Wirtschaftsleistung) bis zum Ausbruch der Krise in der ganzen Eurozone rückläufig. Erst die Krise und die damit verbundenen Steuerausfälle und Rettungspakete verursachten einen massiven Anstieg der Verschuldung der europäischen Staatshaushalte. Es wurde versucht, der Abwärtsspirale der Gesamtwirtschaft durch wirtschaftspolitische Impulse entgegenzuwirken. Die zusätzliche Verschuldung hatte in Kombination mit den schlechten Wirtschaftsdaten besonders in Südeuropa auch Auswirkungen auf die Bonität-Ratings der Staaten und damit auf den Zinssatz zur Refinanzierung des Staatshaushaltes.

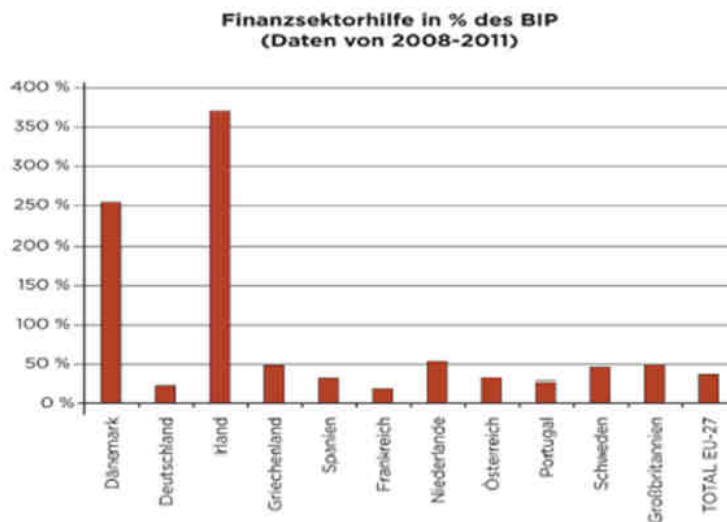
Setzt sich die Rezession vor allem in Südeuropa fort, so verschlechtert sich der Staatshaushalt durch weiter zunehmende Steuerausfälle und Sozialausgaben. Wird in dieser Situation auch der Spielraum für Staatsausgaben eingeschränkt, wie durch den Fiskalpakt gefordert, so kann kein ausreichend großer Nachfrageimpuls gesetzt werden. Die Abwärtsdynamik beschleunigt sich dadurch zusätzlich und Staaten geraten tiefer in finanzielle Schwierigkeiten.

4.3 Bankenrettung

Die Banken gerieten mit dem Platzen der Immobilienblase und dem Konjunktureenbruch in große Refinanzierungsschwierigkeiten. Viele der angeblich sicheren Finanzprodukte (CDS, CDOs) wurden uneinbringlich. Dadurch musste die Werte erheblich abgeschrieben werden und es entstanden riesige Verluste bei den speziellen Zweckgesellschaften, die diese Finanzgeschäfte durchgeführt haben. Durch deren enge Verbindung zu den Geschäftsbanken übertrug sich also das Risiko. Ein

www.diekriseverstehen.net

zweiter Aspekt liegt in der Risikobewertung der Banken, da viele Kredite ohne ausreichende Sicherheiten vergeben wurden und nicht durch entsprechende Eigenkapitalreserven abgesichert waren. Mit Ausbruch der Krise fielen deshalb bei vielen Kreditgeschäften die Rückzahlungen aus, was zu dementsprechenden Verlusten bei den Banken führte. Die sinkende Liquidität und fehlendes Eigenkapital beschädigten das Vertrauen im Bankensektor. Daher mussten die Staaten in dieser Situation viel Geld zur Verfügung stellen, damit die Finanzwirtschaft nicht kollabierte und die Banken handlungsfähig blieben.



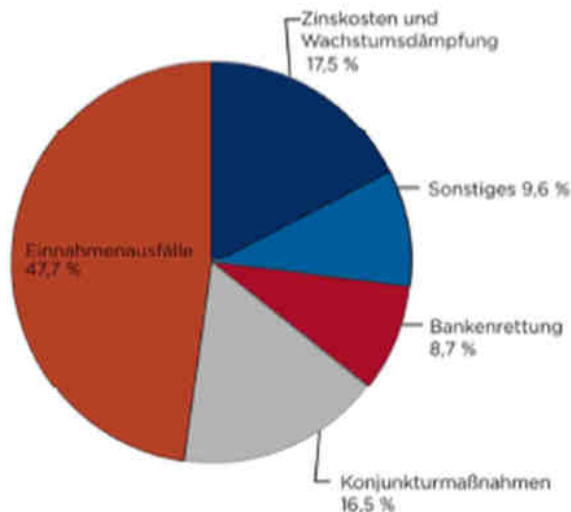
*Ausmaß der gesamten Finanzsektorhilfe in Prozent des BIP 2010 der EU-27: 4506,47 Mrd. Euro
(eigene Darstellung, Datenbasis: EU-Kommission 2012).*

4.4 Wer trägt die Kosten?

In Österreich wurde ein verhältnismäßig großes Bankenrettungspaket aufgelegt, da das Finanzwesen überdurchschnittlich hoch zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und die österreichischen Institute stark in Osteuropa engagiert sind. Der Rahmen der österreichischen Bankenhilfe beträgt € 15 Milliarden, davon wurden bisher und € 11.7 Milliarden in Anspruch genommen. Bislang mussten 3,4 Milliarden Euro Verlust durch die Bankenrettung verbucht werden. Die Bankenrettung erforderte eine erhöhte Schuldenaufnahme sowie größeren Zinsaufwand im laufenden Budget und erhöhte dadurch den Druck auf die Staaten. Auch heute werden die im Banksektor versteckten Risiken für die Steuerzahler diskutiert - etwa von Rating-Agenturen, wenn sie die Abwertung verschiedener europäischer Länder (von Spanien bis Österreich) begründen.

4.5 Finanznot der Staaten

Durch die stagnierende Inlandsnachfrage und geringere Investitionen in die Realwirtschaft sinken auch die Steuereinnahmen der Staaten, weil weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden. Das gilt für Lohn- und Gewinnsteuern genauso wie für Konsumsteuern. Mit der reduzierten Investitionsbereitschaft gibt es auch weniger Arbeitsplätze und dadurch fallen höhere Ausgaben für Sozialleistungen an, vor allem für Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Alleine der Einnahmefall macht dabei in den G 20 Ländern fast 50 % der zusätzlichen Krisenkosten und damit einen großen Teil der gestiegenen Staatsdefizite aus.



*Gründe für Anstieg der Staatsschulden in G-20 von 2008-2015, Gesamtumfang 39 % des BIP, IWF.
(Schlager 2012)*

4.6 Ungleiche Verteilung und ihre Folgen

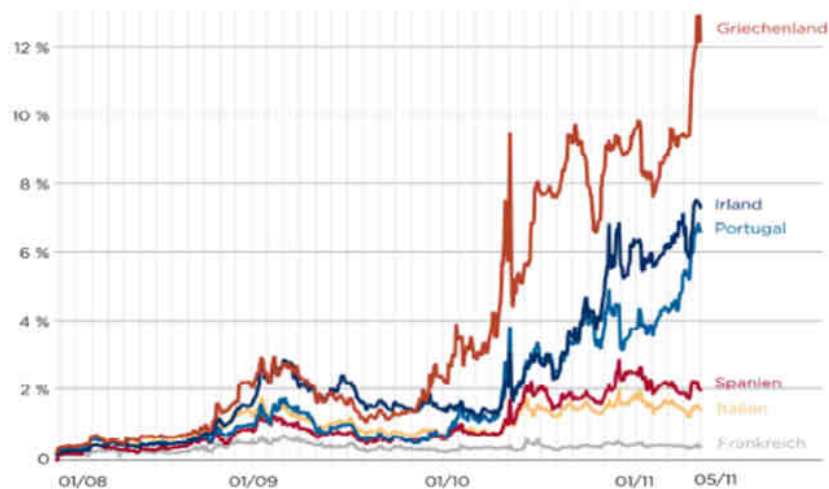
Diese starken Auswirkungen auf das Staatsbudget sind auch eine unmittelbare Folge der ungleichen Vermögensverteilung, denn eine gleichere Verteilung brächte eine höhere Inlandsnachfrage. Würde der Anteil des reichsten Prozent der EinkommensbezieherInnen der USA, das etwa 20 % des Gesamteinkommens lukriert, auf 15 % gekürzt und zu den niedrigen und mittleren Einkommen umverteilt, würde das eine direkte Steigerung der Gesamtnachfrage um 1 % bewirken. Die geringere Sparneigung bei niedrigerem Einkommen bringt mehr Geld in den Konsum und damit für die Realwirtschaft. Das heißt, die Gesamtnachfrage würde um etwa 2 %

steigen und dadurch gleichzeitig die Arbeitslosigkeit senken. Beide Effekte wirken positiv für den Staatshaushalt, denn es werden sowohl die Steuereinnahmen steigen und gleichzeitig die Sozialausgaben und Transferleistungen sinken.

Ein Wirtschaftsabschwung löst also eine Reihe von sich selbst verstärkenden Effekten aus und erhöht den Druck auf Staaten und deren Budgets zusätzlich. Durch die Konjunkturprogramme und Bankenrettungspakete sind die Staatschulden gestiegen und so höhere jährliche Zinszahlungen erforderlich. Gleichzeitig wurde auch die Bonität der Staaten gesenkt und so stieg der Zinsaufwand für neue Staatschulden, was wiederum negativ auf die Budgetentwicklung wirkt.

4.7 Zinsen und die Finanzierung der Staaten

Die drückende Zinslast galt als einer der Hauptfaktoren der derzeitigen Krise. Dabei sind die Zinsen vor allem für jene Länder ein Problem, die ohnehin bereits verhältnismäßig stark unter Druck stehen. Vor der Krise lagen die Zinsen, die die einzelnen Euro - Staaten für ihre Schulden zahlen mussten, auf einem im gesamten Euro-Raum vergleichbaren Niveau. Griechenland hatte die gleichen Zinssätze wie Deutschland. Die Grafik zeigt, wie sehr sich die Zinsniveaus im Zuge der Krise auseinander bewegt haben, da sich mit dem Aufkommen der Finanzkrise Bewertungsroutinen drastisch änderten und höher im Ausland verschuldete Volkswirtschaften nun mit höheren Zinssätzen „bestraft“ wurden. Für den Schuldendruck an sich ist es dabei auch hier relativ gleichgültig, ob es sich um private oder öffentliche Schulden (Staatschulden) handelt, da die FinanzmarktakteurInnen davon ausgehen, dass marode Banken ohnehin von den Staaten gerettet werden und private Schulden insofern auf die öffentliche Hand zurückfallen.



Entwicklung der Zinssätze für Staatsanleihen vor und nach der Krise (Flassbeck, 2012).

4.8 Wer profitiert von der Krise?

Auch hier wird deutlich, dass Österreich und Deutschland auf Kosten der Krisenländer profitieren. Je stärker dort die Zinsen steigen, umso billiger werden die Kredite für Österreich und Deutschland, da Anleger, verunsichert durch die Turbulenzen der Finanzmärkte, ihr Sicherheitskalkül grundlegend modifizierten. Dies wird durch die hektischen und zugleich drastischen Abwertungen der Rating-Agenturen deutlich, die diesen Trend so weiter verstärkten. Die Grafik zeigt, dass sich in der Einschätzung der Krisenländer erst ab 2010 - also bereits über ein Jahr nach Beginn der Krise - etwas fundamental geändert hat. Die Folgen davon sind klar: wenn plötzlich mehr als doppelt so hohe Zinsen bezahlt werden müssen und gleichzeitig die Schulden aufgrund der Kosten der Bankenrettung und Konjunkturpakete sowie der gesunkenen Steuereinnahmen steigen, dann erst wird die Refinanzierung der Staaten schwierig. Im Zuge dieser Entwicklung geraten Staat und Demokratie unter Druck – die Staatsschulden werden damit auch zu einem medialen Thema. Eine nicht unwesentliche Rolle spielen dabei auch die Rating-Agenturen, die Bewertungen über die Kreditwürdigkeit der Staaten abgeben. Ihre Empfehlungen orientieren sich an politischen Entscheidungen und Wirtschaftsdaten wie dem Wirtschaftswachstum oder den im Bankensektor schlummernden Risiken. Anhand dieser und anderer Richtgrößen versuchen sie einzuschätzen, wie wahrscheinlich es ist, Geld wieder zurückzubekommen, das man dem jeweiligen Staat geborgt hat.

5 Lernaufgaben

Aufgabe 1:

Ordnen Sie folgende Fachbegriffe richtig zu. In der oberen Zeile, sehen Sie die Antwortmöglichkeiten. Im Folgenden finden Sie zehn Begriffe rund um das Thema der Finanzkrise. Aber Achtung! Sie finden zwei Begriffe zu viel!

Zinslast	Staatsschuldenkrise	Rating-Agenturen	Bankensektor
Staatshaushalt	Vermögensverteilung	Refinanzierungsschwierigkeiten	
Abwärtsdynamik	Bankenrettungspaket	Inlandsnachfrage	
Über die Finanzkrise wird heute in den Medien zumeist als „.....“ gesprochen, weil die Schulden der Staaten in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) stark angestiegen sind.			
Setzt sich die Rezession vor allem in Südeuropa fort, so verschlechtert sich der durch weiter zunehmende Steuerausfälle und Sozialausgaben.			
Die Banken gerieten mit dem Platzen der Immobilienblase und dem Konjunkturunbruch in große			
In Österreich wurde ein verhältnismäßig großes aufgelegt, da das Finanzwesen überdurchschnittlich hoch zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und die österreichischen Institute stark in Osteuropa engagiert sind.			
Durch die stagnierende und geringere Investitionen in die Realwirtschaft sinken auch die Steuereinnahmen der Staaten, weil weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden.			
Diese starken Auswirkungen auf das Staatsbudget sind auch eine unmittelbare Folge der ungleichen, denn eine gleichere Verteilung brächte eine höhere Inlandsnachfrage.			
Die drückende galt als einer der Hauptfaktoren der derzeitigen Krise.			
Je stärker in den Krisenländer die Zinsen steigen, umso billiger werden die Kredite für Österreich und Deutschland, da Anleger, verunsichert durch die Turbulenzen der Finanzmärkte, ihr Sicherheitskalkül grundlegend modifizierten. Dies wird durch die hektischen und ungleich drastischen Abwertungen der deutlich, die diesen Trend so weiter verstärkten.			

Lösung:

Zinslast	Staatsschuldenkrise	Rating-Agenturen	Bankensektor
Staatshaushalt	Vermögensverteilung	Refinanzierungsschwierigkeiten	
Abwärtsdynamik	Bankenrettungspaket	Inlandsnachfrage	
Über die Finanzkrise wird heute in den Medien zumeist als „ Staatsschuldenkrise “ gesprochen, weil die Schulden der Staaten in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) stark angestiegen sind.			
Setzt sich die Rezession vor allem in Südeuropa fort, so verschlechtert sich der Staatshaushalt durch weiter zunehmende Steuerausfälle und Sozialausgaben.			
Die Banken gerieten mit dem Platzen der Immobilienblase und dem Konjunkturunbruch in große Refinanzierungsschwierigkeiten .			
In Österreich wurde ein verhältnismäßig großes Bankenrettungspaket aufgelegt, da das Finanzwesen überdurchschnittlich hoch zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und die österreichischen Institute stark in Osteuropa engagiert sind.			
Durch die stagnierende Inlandsnachfrage und geringere Investitionen in die Realwirtschaft sinken auch die Steuereinnahmen der Staaten, weil weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden.			
Diese starken Auswirkungen auf das Staatsbudget sind auch eine unmittelbare Folge der ungleichen Vermögensverteilung , denn eine gleichere Verteilung brächte eine höhere Inlandsnachfrage.			
Die drückende Zinslast galt als einer der Hauptfaktoren der derzeitigen Krise.			
Je stärker in den Krisenländer die Zinsen steigen, umso billiger werden die Kredite für Österreich und Deutschland, da Anleger, verunsichert durch die Turbulenzen der Finanzmärkte, ihr Sicherheitskalkül grundlegend modifizierten. Dies wird durch die hektischen und ungleich drastischen Abwertungen der Rating-Agenturen deutlich, die diesen Trend so weiter verstärkten.			

www.diekriseverstehen.net

Aufgabe 2:

Nun ist die Finanzkrise seit einigen Monaten aktuell, und immer wieder hören Sie in den Medien Lösungsansätze, wie ein betroffener Staat aus der Staatsschuldenkrise herauskommen könnte...

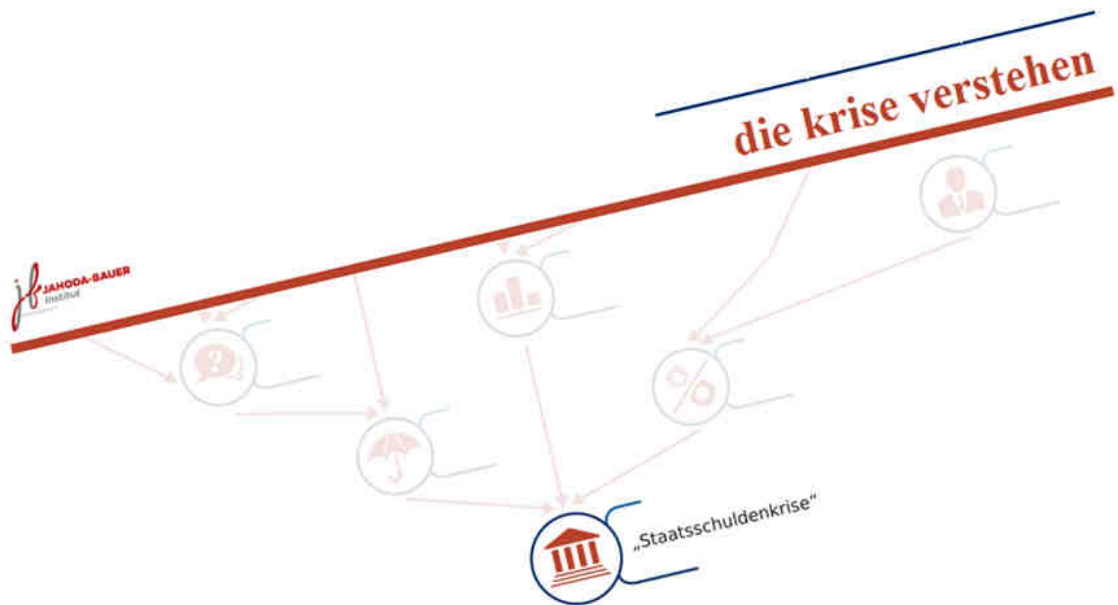
Überlegen Sie jetzt, in 4er bzw. 5er Gruppen, wie man die Krise in sogenannten Problemstaaten verhindern hätte können. (Dabei ist es auch erlaubt, Lösungsansätze der Politiker zu übernehmen).

Jede Gruppe sollte im Anschluss eine ihrer Ideen vor der ganzen Klasse präsentieren. Diese Präsentation sollte 1 Minute dauern (+/- 10%).

6 Abschluss der Unterrichtseinheit

Nachdem die Lernaufgabe im Plenum besprochen, auf die wichtigsten Punkte gesondert hingewiesen und aufgetretene Verständnisfehler beseitigt wurden, sollte sich die Lehrperson noch ein weiteres Mal erkundigen, ob sonstige Fragen aufgetreten sind, oder ob noch etwas unklar ist. Ist das nicht der Fall, ist es wichtig, die SchülerInnen für ihre engagierte Mitarbeit und Aufmerksamkeit zu loben, da dies ihnen Wertschätzung vermittelt und Motivation steigern kann.

Am Schluss der Unterrichtseinheit soll die Lehrperson die Hausübung sowie den Abgabetermin auf der Tafel vermerken und die SchülerInnen darauf aufmerksam machen.



Unterrichtsplanung

www.diekriseverstehen.net

2. EH für BHS/AHS der höheren Jahrgänge

Thema: Das Finanzcasino

Inhalt

1	Lehrziele	3
2	Sequenzierungsplan	6
3	Unterrichtseinstieg	6
3.1	Relevanz	7
3.2	Ablauf	7
4	Informationsinput	8
4.1	Das Finanzcasino als Motor	8
4.2	Blasenbildung auf den Finanzmärkten	9
4.2.1	Von der Spirale zur Blase	9
4.3	Offshore Ökonomie und Steueroasen	10
4.3.1	Wettlauf nach unten	11
4.3.2	Große Geschäfte im Halbdunkel	11
4.4	Freie Kapitalmärkte	12
4.4.1	Globaler Wettbewerb	12
4.5	Finanzinnovationen	13
4.5.1	Erhöhtes Risiko	13
4.5.2	Boom der Derivate	13
4.6	CDS und CDOs	15
4.6.1	Credit Default Swaps	15
4.6.2	Collateralized Debt Obligations	15
4.7	Spekulationsstrategien	16
4.7.1	Computerbasierte Spekulationsalgorithmen	16
4.8	Unregulierte Finanzmärkte	17
4.8.1	Eine fatale Entwicklung	17
4.8.2	Neue Voraussetzungen	18
4.8.3	Massives Wachstum	18
5	Lernaufgaben	19
6	Abschluss der Unterrichtseinheit	20

1 Lehrziele

Lehrzielkatalog zu „Das Finanzcasino“:

Unterrichtsplanung, Frühjahr 2013

Mario Bramberger

Mittwoch, 15. Mai 2013

Angenommenes Vorwissen

- Wissen aus EH 1 „Wege zur Staatsschuldenkrise“
- Grundbegriffe im Zusammenhang mit der Finanzkrise
- Grundverständnis Bank- und Kreditgeschäfte
- Entstehung von Schulden
- Interpretation von Diagrammen
- Definition des BIP's
- Worst-Case-Szenario

Erzieherische bzw. überfachliche Lehrziele

(sensu Grell & Grell)

- Blasenbildung nachvollziehen und erklären können
- Steueroasen definieren können
- Gespür für die Problem auf dem Finanzmarkt bekommen.

Kategoriale inhaltliche Aspekte

- Weitere Begriffe aufnehmen
- Finanzmarktgeschäfte verstehen

	Auswendig wissen	Verstehen	Anwenden/Können	Selbst denken
Fakten	LZ 4			
Konzepte	LZ 6	LZ 2		LZ 5
Prozeduren		LZ 1		
Metakognitives Wissen				LZ 3 LZ 7

Beschreibung der LZ – siehe auf folgender Seite

www.diekriseverstehen.net

Die Lehrziele:

LZ1: Blasenbildung auf Finanzmärkten nachvollziehen. Einzelne Schritte erklären.

LZ2: Folgen des Platzens der Blase nennen können.

LZ3: Worst-Case-Szenario bilden für die nächste Finanz- und Immobilienkrise.

LZ4: Steueroasen nennen

LZ 5: Vorteile einer Steueroase

LZ6: Was sind Derivate

LZ7: Zahlt sich hohes Risiko im Finanzbereich aus? Für wen schon? Für wen nicht?

2 Sequenzierungsplan

<i>Nr.</i>	<i>Phase/Aktivität</i>	<i>Material/Medien</i>	<i>Zeit</i>
1.	Unterrichtseinstieg	Beamer, Einführungsbeispiel auf Power Point Folie	5 min
2.	Informationsinput	Beamer für das Einführungsbeispiel an der Tafel, Grafik auf Power Point Folie,	25 min
3.	Lernaufgabe	Angabe auf Zettel	10 min
4.	Besprechung im Plenum	Tafel	5 min
5.	Abschluss der Stunde		5 min
Summe			50 min

3 Unterrichtseinstieg

In der letzten Unterrichtseinheit haben wir uns mit einem neuen und sehr aktuellen Thema beschäftigt. Die „Wege zur Staatsschuldenkrise“, die wir letzte Einheit kennen gelernt haben, werden wir heute als Grundlage für unsere heutige Thematik brauchen.

Es gibt viele Sachen auf den verschiedensten Märkten, die eigentlich niemand wirklich braucht, aber jeder haben will. Denken wir dabei zum Beispiel an die Marke Apple und deren iPhone-Serie. Im Prinzip würde ein preiswerteres Handy den Anspruch vieler genügen, ... aber jeder will es haben.

So ähnlich läuft das auch auf den Finanzmärkten ab. Wie genau werden wir später im Unterricht hören bzw. erarbeiten.

www.diekriseverstehen.net

3.1 Relevanz

Besonders wichtig ist es, dass wir nach dieser Stunde, einschätzen können, was die grundlegenden Probleme der Finanzkrise waren bzw sind. Dies sollte die Folge daraus sein, dass die Schüler und Schülerinnen die Grundbegriffe aus der Welt der Finanzwirtschaft kennenlernen.

Dieses Wissen ist für das zukünftige Alltagsleben von besonderer Bedeutung. Dieser Inhalt sollte den Schülern und Schülerinnen nicht nur helfen, Artikel in den verschiedensten Medien mit einem gewissen Basiswissen verstehen zu können, sondern ihnen auch dabei helfen, sich im Bankwesen zu Recht zu finden.

3.2 Ablauf

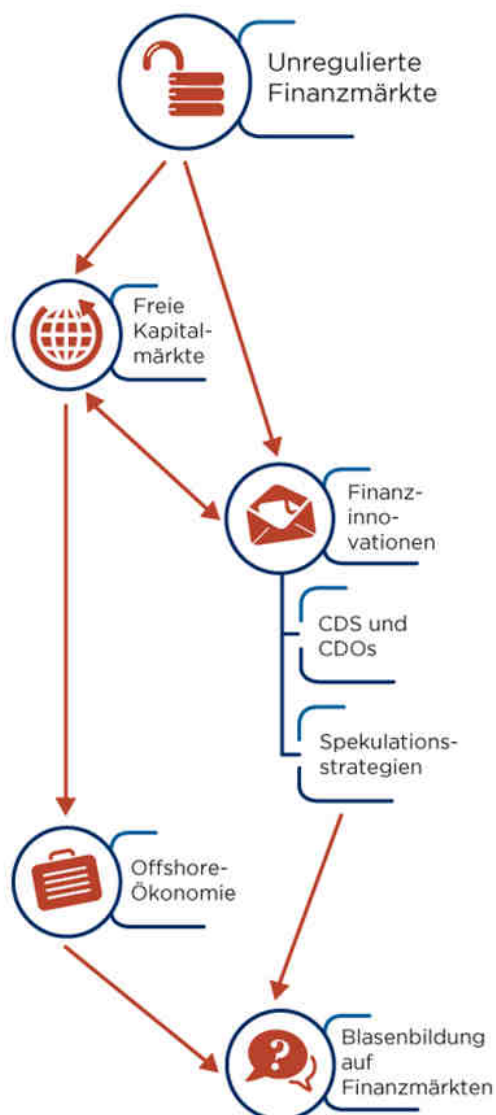
Zu Beginn werde ich euch die Thematik etwas detaillierter vortragen. Damit möchte ich, dass ihr die Grundbegriffe und eine Skizze rund um das Thema der Finanzwirtschaftskrise kennenlernt und damit umgehen könnt. Danach werden wir uns noch mit den Auswirkungen dieser Krise auseinander setzen.

Damit ihr das Gelernte auch verfestigen könnt, habe ich eine Lernaufgabe für euch vorbereitet. Die Lernaufgabe ist dann in Partnerarbeit zu lösen.

4 Informationsinput

4.1 Das Finanzcasino als Motor

Eine wesentliche Rolle für die Entwicklung hin zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise spielen die Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Der Abbau von vielen Beschränkungen und die damit verbundene globale Ausbreitung des Finanzgeschäftes



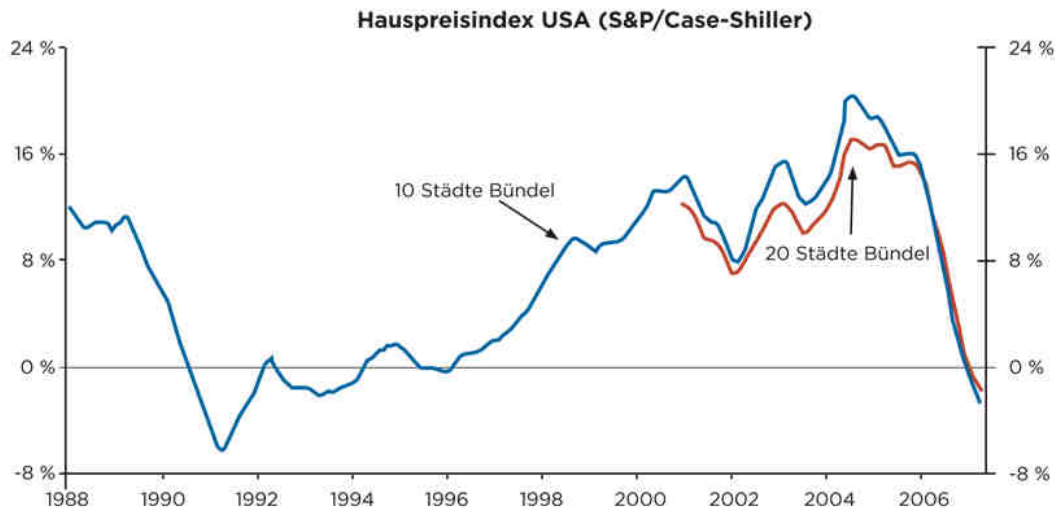
4.2 Blasenbildung auf den Finanzmärkten

Die gestiegene Aktivität an den Finanzmärkten verstärkt die Suche nach neuen Anlageformen und immer höheren Renditen. Befördert wird diese Entwicklung durch neue Finanzprodukte und große Summen an Kapital, für die Anlagemöglichkeiten gesucht werden.

Dabei ist es im Wesentlichen immer dasselbe Muster, das die Entstehung von Blasen befördert. Dabei entsteht ein so genanntes „Herdenverhalten“, wenn viele AnlegerInnen die gleiche Strategie verfolgen. Ein steigender Kurs etwa lockt tendenziell neue KäuferInnen an, was zu weiteren Preissteigerungen und positiven Erwartungen führt, die ihrerseits wiederum weitere KäuferInnen nach sich ziehen. Auf diesem Weg „überhitzen“ Märkte, das heißt die gehandelten Waren oder Anteilsscheine werden deutlich besser bewertet als es eigentlich der Realität entspricht. Ist eine gewisse Höhe erreicht, wird verkauft und der Kurs fällt sehr schnell – die Blase ist geplatzt. Die einseitige Systematisierung und Technisierung der Verhaltensmuster in der Finanzwirtschaft wirkt diesem Trend nicht entgegen, sondern hat diesen vielmehr durch die Verwendung ähnlicher Strategien weitgehend automatisiert.

4.2.1 Von der Spirale zur Blase

Die Immobilienblase in Amerika und Spanien entwickelte sich ähnlich. Die Anforderungen für die Kreditvergabe wurden unter der Erwartung, dass die Häuserpreise stets weiter steigen laufend herabgesetzt. Große Teile der Bevölkerung konnten Hypotheken aufnehmen, die sie unter normalen Bedingungen nie abbezahlen konnten, der einzige Garant war der stets steigende Wert des Hauses. Versteckt wurden die Risiken in neuartigen Finanzprodukten (CDS, CDOs) die durch eine Bündelung geringeres Risiko für die AnlegerInnen versprochen. Die Immobiliennachfrage nahm durch die leichte Finanzierungsmöglichkeit stark zu, dadurch stiegen auch die Häuserpreise immer weiter. So wurde eine Spirale in Gang gesetzt: Die aufgenommenen Kredite schienen durch die gestiegenen Preise noch leichter finanzierbar und weitere Kredite konnten mit der Aussicht auf weiter steigende Immobilienpreise unter erleichterten Bedingungen aufgenommen werden. Das führte zu einer völligen Überbewertung der Immobilien und damit zur Blase. Die Blase platzte als ImmobilienbesitzerInnen die Raten nicht mehr zahlen konnten und beim notwendigen Verkauf sich herausstellte, dass der Hypothekenwert auf dem Markt gar nicht realisiert werden konnte.



Preisentwicklung am amerikanischen Wohnhausmarkt (Standard & Poor's: Amerikanischer Immobilienpreisindex. 8/2010; Shiller 2006, Standards & Poors 2010).

Die Blase war fatal, weil sie nicht wie bei früheren Blasen einige Firmen und Investoren traf, sondern Millionen von Menschen, die plötzlich überschuldet und vor dem nichts standen und durch den folgenden Einbruch der Wirtschaft auch noch arbeits- und obdachlos wurden. Die vielen nun nicht mehr rückzahlbaren, faulen Kredite machten schließlich riesige staatliche Bankenrettungspakete notwendig.

4.3 Offshore Ökonomie und Steueroasen

Unter „Offshore-Ökonomie“ versteht man einen verhältnismäßig rechtsfreien Raum, in dem Kapital und Vermögen keinerlei oder kaum gesetzlichen Vorschriften oder Steuerpflichten unterliegt. Zentral ist dabei, dass Vermögensbestände möglichst intransparent gehalten werden, um diese zu verschleiern mit dem Ziel, Steuerzahlungen oder bestimmte Regulierungen (etwa die Verpflichtung zu Unterhaltszahlungen) zu umgehen. Deshalb nennt man die Orte, wo dieses Geld dann landet, auch Regulierungs- oder Steueroasen.

www.diekriseverstehen.net

4.3.1 Wettlauf nach unten

Kennzeichen von Regulierungsoasen sind die Geheimhaltung von Eigentümerstrukturen, Möglichkeiten zur Umgehung von Eigenkapitalvorschriften und Mindestreservesätzen sowie mangelnder Zugriff der jeweiligen Behörden. In einer Wertung für den „Financial Secrecy Index“, herausgegeben vom unabhängigen Tax Justice Network führt die Schweiz vor den Cayman Islands und Luxemburg. Auch Österreich ist auf Platz 17 im Spitzenfeld vertreten. Zwischen diesen Ländern hat sich ein regelrechter Wettlauf im Abbau an Regulierungen entwickelt, um als attraktiver Standort für FinanzanlegerInnen zu gelten. Ein österreichisches Beispiel für einen derartigen Sachverhalt liefert die Diskussion rund um das Bankgeheimnis, die letztendlich ebenso ein gebräuchliches Mittel zu Vermögensverschleierung und Geldwäsche darstellt und Österreich in internationalen Debatten oft den Ruf einer Steueroase einbringt. Schließlich ist gerade die Offshore-Ökonomie – aufgrund ihrer um maximale Intransparenz bemühten Ausrichtung auch für Vermögen, die aus kriminellen Aktivitäten entspringen, von großer praktischer Relevanz.

4.3.2 Große Geschäfte im Halbdunkel

In enger Beziehung zu den Regulierungsoasen steht das System der Schattenbanken, dazu gehören im Grunde alle Finanzierungsgesellschaften, die Kredite oder Kreditgarantien vergeben, ohne dabei den üblichen gesetzlichen Vorschriften für Bankgeschäfte zu unterliegen. Zum Teil wurden diese von herkömmlichen Banken als eigene Institute (Fonds, Handelsgesellschaften usw.) gegründet, um neue Finanzprodukte bestmöglich verkaufen zu können. Der Vorteil liegt darin, dass diese Schattenbanken eben nicht den Regeln für das Bankgeschäft unterliegen, sondern ohne Mindestreserven agieren können. Zudem haben die meisten Schattenbanken ihren Sitz in Regulierungsoasen und werden damit von der Kontrolle ihrer Muttergesellschaften nicht wahrgenommen, obwohl hinsichtlich der eingegangenen Risiken sehr wohl eine Verbindung besteht. Die Folge einer rasanten Entwicklung war, dass die Verbindlichkeiten des Schattenbankensystems schon 1995 über dem des gewöhnlichen Bankensystems lagen und sich zwischen 2002 und 2010 auf 46 Billionen Euro nochmals mehr als verdoppelt haben. Das zeigt der jährliche Report des Financial Stability Board genauso wie eine aktuelle Studie des Tax Justice Network. Die genannten Summen beruhen auf Schätzungen, da nicht alle Finanzströme klar nachvollziehbar sind. Klar ist jedoch, dass die Dunkelziffer der Gelder, die im Schattenbankensektor zirkulieren, noch bedeutend höher liegt.

www.diekriseverstehen.net

Das riesige Volumen des Schattenbankensektors hat eine Reihe ökonomischer Folgen, die für die Entstehung der Krise von Relevanz sind: Erstens befördert der rechtsfreie Raum der Offshore-Ökonomie die Entwicklung von Finanzinnovationen und verstärkt damit durch das darin angesammelte riesige Kapitalvolumen die Tendenz zur Blasenbildung auf Finanzmärkten: Schließlich wurden auch im Schattenbankensystem gesammelte Guthaben gebündelt und steuerfrei auf die Finanzmärkte gepumpt, was – in Kombination mit anderen Faktoren (wie erhöhter Spekulationsintensität oder dem Einsatz computerbasierter Spekulationsstrategien) - zu einer systematischen Überhitzung der Finanzmärkte führte.

4.4 Freie Kapitalmärkte

Internationale Kapitalmobilität bedeutet, dass Geld ohne Beschränkungen über die Grenzen von einem Land ins andere gebracht oder verschoben werden kann. Das heißt, dass Vermögen stets dort investiert werden können, wo geringere Steuern oder höhere Renditen zu erwarten sind. Die Mobilität von Kapital wurde vor allem durch die Abschaffung der internationalen Kapitalverkehrskontrollen befördert. Diese wurden ursprünglich mit dem Ziel eingerichtet, die Mobilität von Kapital und Vermögen einzuschränken, um eine Destabilisierung der Wirtschaft zu vermeiden. Diese Schranken des Kapitalverkehrs wurden im europäischen Raum zwischen dem Ende der 70er und dem Beginn der 90er Jahre weitgehend abgebaut. Heute ist die Kapitalverkehrsfreiheit eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union.

4.4.1 Globaler Wettbewerb

Die Globalisierung des Finanzsystems bringt einen Wettbewerb zwischen den Finanzplätzen und damit den Anreiz, die unterschiedlichen Regelungen für sich selbst bestmöglich auszunutzen. Im Zentrum der Aktivitäten stehen Anlagen in Finanzprodukte, die leicht und schnell verschiebbar sind. Denn immobilier Besitz wie Eigentumswohnungen, Häuser oder Firmen kann nicht so einfach von A nach B verschoben werden.

Wichtige Folgen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs sind einerseits die Vereinfachung von Spekulationsgeschäften und die damit verbundene Tendenz Kapital in Finanzprodukte anzulegen anstelle Investitionen in die Realwirtschaft zu tätigen sowie andererseits die Entstehung der Offshore-Ökonomie, die es vermögenden Personen oder Unternehmen ermöglicht, ihr Kapital dem steuerlichen Zugriff durch Verlagerung in so genannte „Steueroasen“ zu entziehen.

4.5 Finanzinnovationen

Im Zuge der Deregulierung der Finanzmärkte kam es zu einer massiven Ausweitung des Handlungsspielraums des Finanzsektors. Gleichzeitig sorgte die Liberalisierung des Kapitalverkehrs für einen großen Kapitalzustrom, der durch institutionelle Faktoren wie der privaten Pensionsvorsorge verstärkt wurde. Um diese neuen Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen, wurden neue, oft undurchsichtige Produktklassen und Spekulationsstrategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten entwickelt. Dies passierte vor allem mit dem Ziel einer (scheinbaren) Risikominimierung – die neuen Produkte wurden in der Branche als ertragreich und zugleich nahezu risikofrei angesehen und so auch den KundInnen verkauft. Im Grunde wurde damit jedoch nur das Risiko verschleiert und so die Spekulationsintensität verstärkt.

4.5.1 Erhöhtes Risiko

In der Fachsprache ist dann von einer „*Überzufriedenheit*“ die Rede, die zu einer „*Kontrollillusion*“ führt, die Risikowahrnehmung reduziert und damit die Tendenz zu „*rent-seeking*“, höheren Risiken und intensivierter Spekulation weiter bestärkt. Diese verringerte Sensibilität für die mit Kreditgeschäften verbundenen Risiken führte schließlich auch zur Herausgabe so genannter „NINJA-Kredite“. Die Abkürzung NINJA (No Income, No Job, no Asset) steht hier dafür, dass die KreditnehmerInnen weder Vermögen besitzen noch Einkommen beziehen. Somit waren diese Kredite bereits bei ihrer Auszahlung als faule Kredite anzusehen.

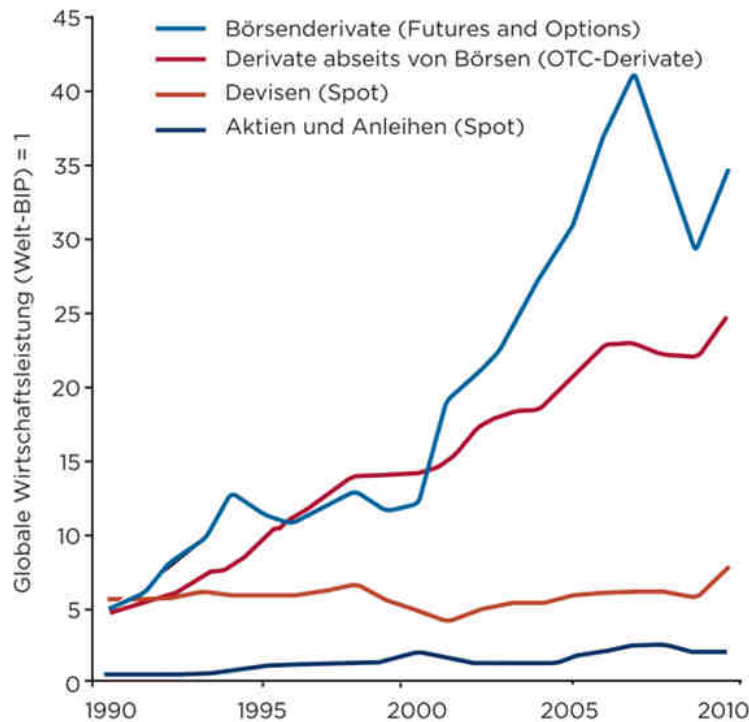
Zentral ist in dieser Entwicklung, dass sich die Rolle der Banken änderte. Weg vom üblichen Geschäft, in dem die Bank Einlagen sammelt, diese als Kredite weitergibt und dabei an Zinsen und Gebühren verdient, hin zu lockerer Kreditvergabe sowie dem Weiterverkaufen und Versichern einmal vergebener Kredite. Dazu wurden auch eigene Fonds und Unternehmen - sogenannte Schattenbanken – gegründet, um die geltenden Vorschriften für das Bankwesen zu umgehen.

4.5.2 Boom der Derivate

Ein wesentliches Instrument der Spekulation sind Finanztermingeschäfte im weiteren Sinne. Die gehandelten Produkte werden dabei als „*Derivate*“ bezeichnet, deren Wert von der zukünftigen Entwicklung von bestimmten Referenzgrößen (z.B.: Rohstoffe, Anleihen, Aktien, Währungen oder Zinssätze) abhängt oder in denen fixe Preise für in der Zukunft zu erbringende Leistungen festgesetzt werden. Der Markt für solche Derivate boomt und erreicht dabei eine ungeahnte Größenordnung. So

www.diekriseverstehen.net

machten 2007 alleine die an der Börse gehandelten Derivate mehr als das 40fache der globalen Wirtschaftsleistung aus.



Umsätze auf den Finanzmärkten (Schulmeister 2012)

Im Folgenden sollen drei für die Krise zentrale „Finanzinnovationen“ kurz vorgestellt und ihre Wirkung skizziert werden. Dazu zählen die so genannten Kreditausfallsversicherungen („*credit default swaps*“ oder kurz: CDS), gebündelte Kredite („*collateralized debt obligations*“ oder kurz: CDOs) und computerbasierte Spekulationsalgorithmen. Bei den beiden erstgenannten Instrumenten handelt es sich um Derivate, Letztere ist im Grunde eine Klasse neuer Spekulationsstrategien.

4.6 CDS und CDOs

4.6.1 Credit Default Swaps

Ein CDS (Credit Default Swap) ist eine Kreditausfallsversicherung, die es ermöglicht, gegen die Rückzahlung eines Kredites zu wetten. Wie bei Versicherungen üblich, ist dafür eine Prämie zu bezahlen. Im Gegenzug erhält man eine Ausgleichszahlung, sofern der Schuldner ausfällt. Diese Auszahlung erfolgt allerdings unabhängig davon, ob einem durch den Ausfall des Schuldners überhaupt ein Schaden entsteht. Mit der Entwicklung von credit-default swaps wurde das Grundprinzip der Versicherungsidee – die Absicherung gegen Risiken – in ein Spekulationsinstrument verkehrt, das es erlaubt, auf den Konkurs einzelner AkteurInnen zu wetten und so aus Kreditausfällen Profit zu ziehen ohne die damit verbundenen Risiken tragen zu müssen. Zu vergleichen ist das damit, dass man eine Feuerversicherung auch auf das Haus des Nachbarn abschließen kann, um im Falle eines Brandes die entsprechende Versicherungssumme zu kassieren.

Credit default swaps führten also nicht bloß zu einer Steigerung der Spekulationsintensität, sondern förderten auch eine erhöhte Risikobereitschaft im Finanzsektor, da riskante Investments routinemäßig mittels Kreditausfallsversicherungen abgesichert wurden. Die tendenzielle Vergabe von faulen Krediten mit hohen Ausfallrisiken war so leichter zu rechtfertigen. Dies ist auch der Hauptgrund, warum auf dem ersten Höhepunkt der Krise der größte Versicherungskonzern der Welt – die American Insurance Group (AIG) – beinahe in die Knie gegangen wäre.

4.6.2 Collateralized Debt Obligations

Mit CDOs (Collateral Debt Obligations oder Sammelschuldverschreibungen) werden gebündelte Wertpapierpakete bezeichnet, in denen Anlagen von unterschiedlicher Qualität gesammelt werden. Der Grundgedanke ist dabei, dass hochriskante Anlagen mit als sicher geltenden Aktien, Anleihen oder Hypothekendarlehen verschnürt werden, um die resultierenden Pakete an andere AkteurInnen des Finanzmarkts weiterzuverkaufen. Das angestrebte Ziel solcher Verfahren ist dabei die Streuung des Risikos. Jedoch wird durch den Prozess der Bündelung von Krediten auch die wahre Bonität der SchuldnerInnen verschleiert und damit der eigentlich Wert derartiger Kreditbündel oftmals unklar. Die Analyse dieser Kreditbündel ist sehr aufwändig und führt meist zu deren buchhalterischer Abwertung. Daher werden diese nur selten durchgeführt und die Kreditbündel bleiben mit ihrem Einkaufswert in der Bilanz. Dies führt in Folge zu einer systematischen Verschleierung hochriskanter und fauler Kredite, die in den Büchern der Banken stehen und systematisch falsch bewertet sind.

www.diekriseverstehen.net

Dabei erhöhen diese Instrumente die Risikobereitschaft auf eine doppelte Weise: Zum einen führt die Intransparenz von CDOs zu einer systematischen Unterschätzung bereits eingegangener Risiken und zum anderen erlauben CDOs (ähnlich wie auch credit-default swaps), sich bestimmter Risiken wieder zu entledigen (indem riskante Kredite in gebündelter Form weiterverkauft werden).

4.7 Spekulationsstrategien

4.7.1 Computerbasierte Spekulationsalgorithmen

Ein Blick in die Praxis der Finanzmärkte zeigt, dass menschliches Handeln immer mehr von automatisierten und computergesteuerten Routinen abgelöst wird. Dabei werden Modelle programmiert, die das investierte Geld nach einer vorgegebenen Strategie auf den Finanzmärkten verschieben. Derartige Modelle kamen in den späten 70er Jahren erstmals zum Einsatz und galten bereits beim amerikanischen Börsencrash von 1987 als eine der Hauptauslöser des damaligen Kurssturzes. Heute gibt es eine Vielzahl computerbasierter Spekulationsstrategien – manche bauen auf eine statistische Projektion vergangener Daten auf oder versuchen Preistrends zu folgen, andere beruhen auf Konzepten aus der ökonomischen Theorie und manche schlicht auf Geschwindigkeit, indem sie versuchen, minimale Preisunterschiede durch mehrere Millionen Aufträge pro Sekunde optimal auszureizen (die so genannte „Hyperfrequenzspekulation“).

Für all diese Modelle gilt, dass sie den handelnden AkteurInnen ein Gefühl der Kontrolle vermitteln, das im Wesentlichen auf dem Vertrauen in die technische Ausgereiftheit des verwendeten Rechenalgorithmus beruht. Damit geht eine Kontrollillusion einher, denn die verwendeten mathematischen Modelle sind für das Gros der handelnden Personen zwar völlig unverständlich, vermitteln aber ein Gefühl professioneller Absicherung. So erhöht sich die Risikobereitschaft der AkteurInnen weiter. Zugleich ist die Verwendung derartiger Modelle häufig mit der Systematisierung des Herdenverhaltens auf den Finanzmärkten verbunden. Verwenden etwa viele MarktteilnehmerInnen so genannte „Trendfolgemodelle“, die vergangene Preistrends in die Zukunft projizieren und diese dadurch weiter verstärken, ist die Blasenbildung auf Finanzmärkten kein außergewöhnliches Phänomen, sondern im Verhalten der einzelnen MarktteilnehmerInnen bzw. der von ihnen verwendeten Formeln bereits systematisch angelegt.

4.8 Unregulierte Finanzmärkte

Eine wesentliche Triebfeder der aktuellen Krise ist die so genannte „*Deregulierung der Finanzmärkte*“. Darunter wird die schrittweise Rücknahme der gesetzlichen Regelung der weltweiten Finanzmärkte - vor allem aber in den USA und Europa - verstanden. Diese Entwicklung führte zu einer signifikanten Ausweitung des Handlungsspielraums von FinanzakteurInnen wie Banken, Investment-Fonds, Hedge-Fonds, Versicherungen etc. und löste damit einen grundsätzlichen Wandel in der Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems aus.

4.8.1 Eine fatale Entwicklung

Standen etwa bis Anfang der 1980er Jahre realwirtschaftliche Projekte und Geschäftsideen im Mittelpunkt der Wirtschaftstätigkeit, kam es danach zu einer immer stärkeren Dominanz finanzwirtschaftlicher Motive und Überlegungen. Die klassischen Investitionen in Unternehmen, die Dienstleistungen oder Waren produzieren und diese am Markt absetzen, trat zu Gunsten moderner Investments in Finanzprodukte, die Rendite durch geschicktes Ausnutzen von Preisveränderungen für international gehandelte Assets (Aktien, Anleihen, Rohstoffe, Derivate etc.) versprechen, in den Hintergrund. Dieser Wandlungsprozess hängt auf entscheidende Weise mit der Deregulierung der Finanzmärkte zusammen. Die ökonomische Grundfunktion des Finanzsektors ist die Umwandlung von kurzfristigen Spareinlagen in langfristige Kredite zur Finanzierung von Unternehmungen. Die Finanzregulierung hatte die Aufgabe, die Finanzwirtschaft an diese Funktion zu binden. Mit dem Auflassen und dem Rückbau von gesetzlichen Vorgaben gewann der Finanzsektor neuen Handlungsspielraum – der die Casino-Mentalität auf den Finanzmärkten beförderte und zugleich dazu führte, dass die Kernfunktion der langfristigen Unternehmensfinanzierung vernachlässigt wurde.

Beispiele für die Deregulierung des Finanzsektors finden sich in vielerlei Bereichen und Kontexten. Darunter fallen jedenfalls die Lockerung der Vorgaben für Bankgeschäfte (in den USA insbesondere die Abschaffung des Glass-Steagall-Acts, der eine starke Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken vorsah und so versuchte die Kernfunktion des Bankensektors von der Casino-Mentalität freier Finanzmärkte abzugrenzen), der (weltweite) Rückbau bzw. die Umgehung von Schutzbestimmungen im Rahmen der Kreditvergabe (etwa durch spezielle Finanzinnovationen), die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und die Ermöglichung eines freien internationalen Kapitalverkehrs. Auch die Liberalisierung des internationalen Währungssystems durch die Aufhebung der fixen Wechselkurse in den frühen 1970er Jahren lässt sich hierzu zählen. Diese Lockerungen führten zu Vorteilen für Vermögen und Kapital – etwa durch die gestiegenen Möglichkeiten,

www.diekriseverstehen.net

bestehendes Vermögen in Steueroasen (der Bereich der so genannten Offshore-Ökonomie) zu verschieben.

4.8.2 Neue Voraussetzungen

Mit dieser neuen Perspektive änderten sich auch die vorherrschenden betriebs- und volkswirtschaftlichen Sichtweisen: War in früheren Zeiten etwa die Überlegung zentral, dass die Löhne entlang der Produktivität steigen müssen, damit die Beschäftigten die von ihnen produzierten Güter auch kaufen können, rückte die Maximierung des Unternehmensgewinns mit dem Ziel, entsprechend attraktiv für ausländische Investitionen zu sein, immer stärker in den Vordergrund. Die Wirtschaft orientierte sich daher zusehends an den Interessen von AktionärInnen und anderen AnteilseignerInnen, den *shareholdern*. Die *„positive Rückkoppelung von Massenproduktion, Masseneinkommen und Massenkonsumtion“* wurde damit unterbrochen und die Prioritäten umgekehrt: Sozialstaatliche Politik oder gerechte Entlohnung erscheinen im Kampf um international flexible Investitionen eher hinderlich, während der weitere Abbau von Hürden für Finanzgeschäfte und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen als taugliche Instrumente angesehen werden. Im Gegensatz zu realwirtschaftlichen Investitionen, die potenziell Wertschöpfung generieren und damit unseren Wohlstand erhöhen, sind Veranlagungen in der Finanzwirtschaft ein Nullsummenspiel, das nicht zu einer Erhöhung des Wohlstands führt, sondern bloß den bestehenden Wohlstand unter den SpielteilnehmerInnen neu verteilt, in dem unterschiedliche AnlegerInnen gegeneinander auf zukünftige Kursentwicklungen wetten.

4.8.3 Massives Wachstum

Der Abbau von Schutzmechanismen im Bereich der Kreditvergabe führte zu einer systematischen Erhöhung der vom Finanzsektor getragenen Risiken. Dabei stieg auch das Volumen dieses Sektors massiv an. Das zeigt sich etwa an den auf den Finanzmärkten umgesetzten Geldmengen, die sich in den letzten 20 Jahren mehr als vervierfacht haben.

Zwar führte die Krise zu der Einsicht führender Politikelite in die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung von Finanzmarktgeschäften, aber aufgrund der erforderlichen internationalen Koordinationsleistung und des großen politischen Einflusses der Finanzwirtschaft steht eine grundsätzliche Neuordnung des Finanzsystems und der relevanten Geschäftsbereiche jedoch noch aus.

www.diekriseverstehen.net

5 Lernaufgaben

Aufgabe 1:

Für die erste Lernaufgabe, teilen wir unsere Klassemitglieder in zwei Gruppen auf. Beide Gruppen organisieren bitte, jeweils drei Stühle die sie nebeneinander platzieren.



Nun beginnt ein Schüler, dass er sich auf den mittleren Stuhl setzt und einen Begriff rund um die Finanzwirtschaftskrise sagt. Jeweils ein anderer Schüler setzt sich links oder rechts von dem mittleren Stuhl und sagt einen Begriff oder eine Erklärung, welche zu dem erstgenannten Begriff passt. Nun hat der Schüler der in der Mitte sitzt die Wahlmöglichkeit, um zu entscheiden, welcher der beiden Begriffe (links bzw rechts) besser zu dem von ihm genannten passt. Der Mittlere und der Schüler der den „besser passenden“ Begriff genannt hat, stehen auf, und der der sitzen bleibt, nennt einen weiteren Begriff rund um das Thema ... nun kommen wieder links und rechts jeweils ein Schüler mit einem verwandten oder erklärenden Begriff. Dieser Kreislauf sollte nie unterbrochen werden.

Aufgabe 2:

Wir haben jetzt schon einiges rund um die Thematik der Finanzkrise durchgemacht. Wir haben viel über die Fehler auf den Märkten gesprochen und auch über die Entstehung der Krise.

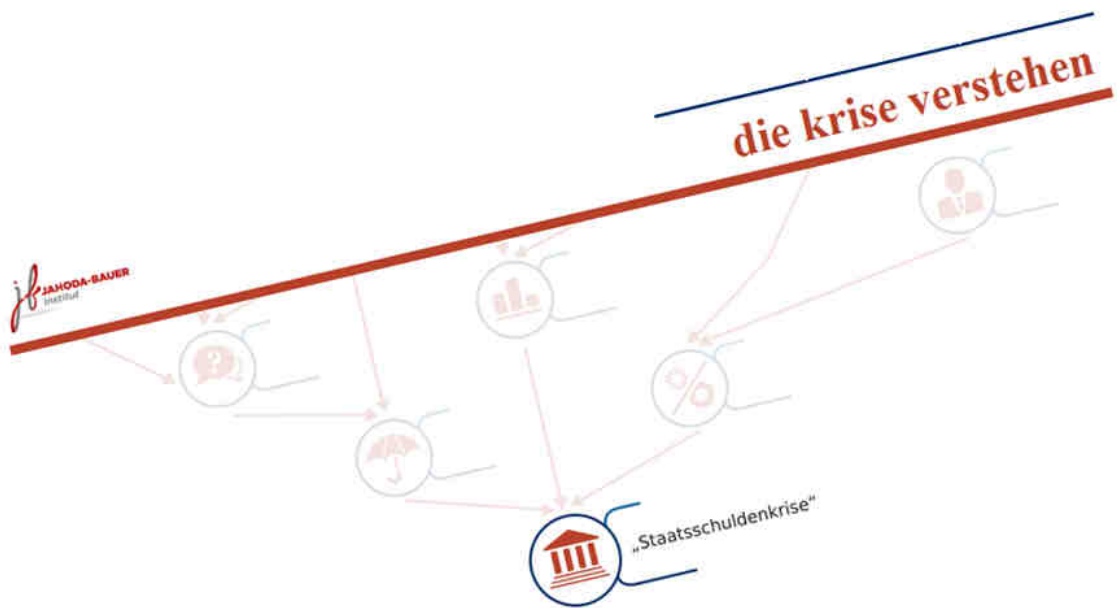
Nun möchte ich, dass ihr in Kleingruppen (2-3 Personen) ein Worst-Case-Szenario erstellt. Dazu nehmen Sie ein A4-Blatt und bemalen, beschriften etc dieses aussagekräftig. In der Abschlussrunde, nehmen Sie bitte kurz Stellung zu Ihrem A4-Blatt.

www.diekriseverstehen.net

6 Abschluss der Unterrichtseinheit

Nachdem die Lernaufgabe im Plenum besprochen, auf die wichtigsten Punkte gesondert hingewiesen und aufgetretene Verständnisfehler beseitigt wurden, sollte sich die Lehrperson noch ein weiteres Mal erkundigen, ob sonstige Fragen aufgetreten sind, oder ob noch etwas unklar ist. Ist das nicht der Fall, ist es wichtig, die SchülerInnen für ihre engagierte Mitarbeit und Aufmerksamkeit zu loben, da dies ihnen Wertschätzung vermittelt und Motivation steigern kann.

Am Schluss der Unterrichtseinheit soll die Lehrperson die Hausübung sowie den Abgabetermin auf der Tafel vermerken und die SchülerInnen darauf aufmerksam machen.



Unterrichtsplanung

www.diekriseverstehen.net

3. EH für BHS/AHS der höheren Jahrgänge

Thema: Ungleiche Verteilung als Ursache der Krise

Inhalt

1	Lehrziele	3
2	Sequenzierungsplan	6
3	Unterrichtseinstieg	6
3.1	Relevanz	7
3.2	Ablauf	7
4	Informationsinput	8
4.1	Ungleiche Verteilung als Ursache der Krise	8
4.2	Weniger Investitionen in Realwirtschaft	9
4.2.1	Unternehmen als Finanzjongleure	10
4.3	Stagnierende Nachfrage	10
4.3.1	Exporte als Ausweg?	11
4.4	Faule Kredite	12
4.4.1	Falsches Vertrauen	12
4.5	Wachsende private Verschuldung	12
4.5.1	Alles auf Pump	13
4.6	Spekulation und Rent-Seeking	14
4.6.1	Boom der Derivate	14
4.7	Ungleiche Verteilung	15
4.7.1	Wenige besitzen immer mehr	15
4.7.2	Die breite Basis geht verloren	16
4.7.3	Wer verdient mehr?	17
5	Lernaufgaben	18
6	Abschluss der Unterrichtseinheit	20

1 Lehrziele

Lehrzielkatalog zu „Ungleiche Verteilung als Ursache der Krise“:

Unterrichtsplanung, Frühjahr 2013

Mario Bramberger

Mittwoch, 15. Mai 2013

Angenommenes Vorwissen

- Wissen aus den beiden vorangegangenen Einheiten zu diesem Thema
- Grundbegriffe im Zusammenhang mit der Finanzkrise
- Grundverständnis Bank- und Kreditgeschäfte
- Entstehung von Schulden
- Interpretation von Diagrammen
- Definition des BIP's
- Aussagen interpretieren und bewerten können.

Erzieherische bzw. überfachliche Lehrziele

(sensu Grell & Grell)

- Das „Scherenverhalten“ bei ungleicher Verteilung verstehen können.
- In der Lage sein, Kernpunkte aus Diagrammen herauslesen zu können.
- Diagramme in Bezug auf die Finanzkrise richtig deuten können.
- Auswirkungen des Konsumverhaltens auf den Finanzmarkt erklären können.

Kategoriale inhaltliche Aspekte

- Auswirkungen der ungleichen Verteilung auf die Finanzmärkte

	Auswendig wissen	Verstehen	Anwenden/Können	Selbst denken
Fakten				
Konzepte		LZ 2 LZ 4 LZ 5	LZ 3	
Prozeduren				
Metakognitives Wissen				LZ 1 LZ 6

Beschreibung der LZ – siehe auf folgender Seite

www.diekriseverstehen.net

Die Lehrziele:

LZ1: Gründe aufzählen, warum die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird.

LZ2: Wie wirkt sich das Lohnniveau auf die Nachfrage aus?

LZ3: Wie sieht das derzeitige Konsumentenverhalten aus?

LZ4: Was sind faule Kredite?

LZ5: Wozu verwenden Vermögende ihr Kapital?

LZ6: Interpretieren Sie: „Wenige besitzen immer mehr“ und fügen sie dazu ein Beispiel an.

2 Sequenzierungsplan

<i>Nr.</i>	<i>Phase/Aktivität</i>	<i>Material/Medien</i>	<i>Zeit</i>
1.	Unterrichtseinstieg	Beamer, Einführungsbeispiel auf Power Point Folie	5 min
2.	Informationsinput	Beamer für das Einführungsbeispiel an der Tafel, Grafik auf Power Point Folie,	25 min
3.	Lernaufgabe	Angabe auf Zettel	10 min
4.	Besprechung im Plenum	Tafel	5 min
5.	Abschluss der Stunde		5 min
Summe			50 min

3 Unterrichtseinstieg

In den vergangenen beiden Unterrichtseinheiten haben wir uns mit der Finanzkrise schon etwas auseinandergesetzt. Damit dieses Konstrukt immer konkretere Formen annimmt, werden wir auch die nächsten beiden Einheiten mit diesem Thema füllen. Vieles von dem was wir in letzter Zeit über die Finanzkrise gelernt und gehört haben, werden wir auch heute wieder einbauen.

Dass die Schere zwischen den Armen und den Reichen zb in Afrika (aber auch in Europa) immer weiter auseinander geht, habt ihr ja sicherlich schon in den Medien gehört oder gelesen, und es wird auch schon in den ein oder anderem Unterrichtsfach an der Schule vorgekommen sein.

So ist es aber nicht nur in den ärmeren Regionen der Welt, sondern auch in Österreich. Die Reichen besitzen immer mehr und das zumeist zu Lasten der weniger Reichen. Während sich die breite Masse damit auseinandersetzt, wie man sein hart verdientes Geld optimal ausgibt, haben die Reichen den Großteil ihres Vermögens hauptsächlich zur Kapitalvermehrung.

Genaueres werden wir im Verlauf der Einheit noch hören.

3.1 Relevanz

Besonders wichtig ist es, dass wir nach dieser Stunde, einschätzen können, was die grundlegenden Probleme der Finanzkrise waren bzw sind. Dies sollte die Folge daraus sein, dass die Schüler und Schülerinnen die Grundbegriffe aus der Welt der Finanzwirtschaft kennenlernen.

Dieses Wissen ist für das zukünftige Alltagsleben von besonderer Bedeutung. Dieser Inhalt sollte den Schülern und Schülerinnen nicht nur helfen, Artikel in den verschiedensten Medien mit einem gewissen Basiswissen verstehen zu können, sondern ihnen auch dabei helfen, sich im Bankwesen zu Recht zu finden.

3.2 Ablauf

Zu Beginn werde ich euch die Thematik etwas detaillierter vortragen. Damit möchte ich, dass ihr die Grundbegriffe und eine Skizze rund um das Thema der Finanzwirtschaftskrise kennenlernt und damit umgehen könnt. Danach werden wir uns noch mit den Auswirkungen dieser Krise auseinander setzen.

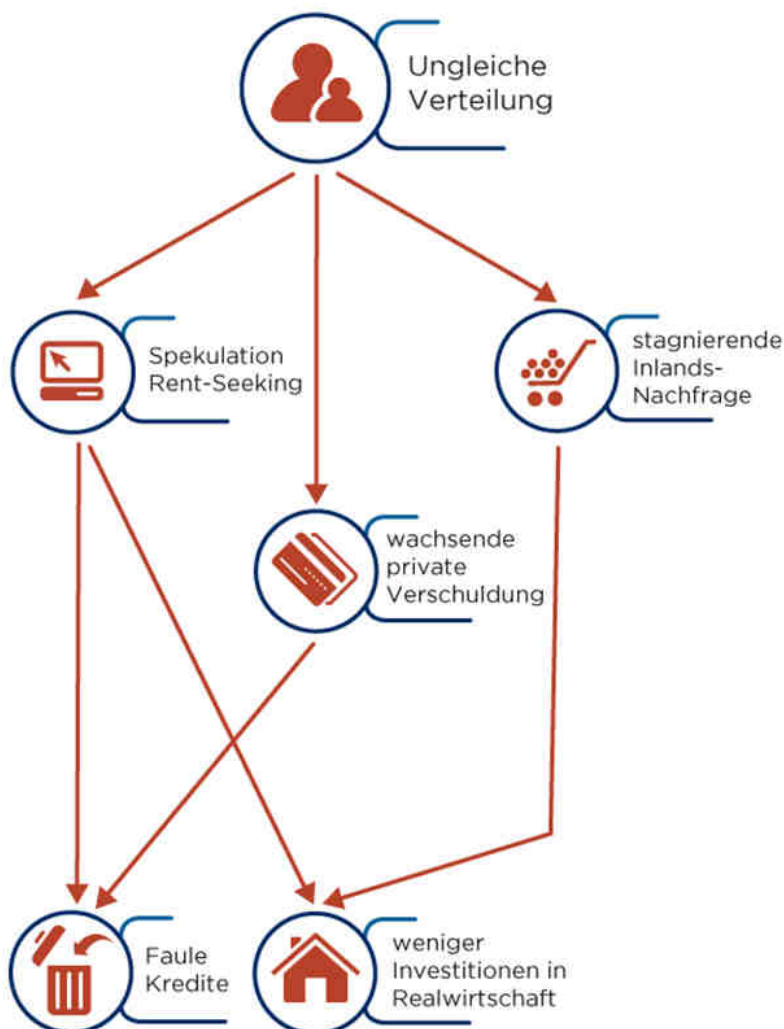
Damit ihr das Gelernte auch verfestigen könnt, habe ich eine Lernaufgabe für euch vorbereitet. Die Lernaufgabe ist dann in Partnerarbeit zu lösen.

In den letzten Unterrichtsminuten werden wir dann eure Ergebnisse im Plenum vergleichen und die wichtigsten Punkte nochmals wiederholen.

4 Informationsinput

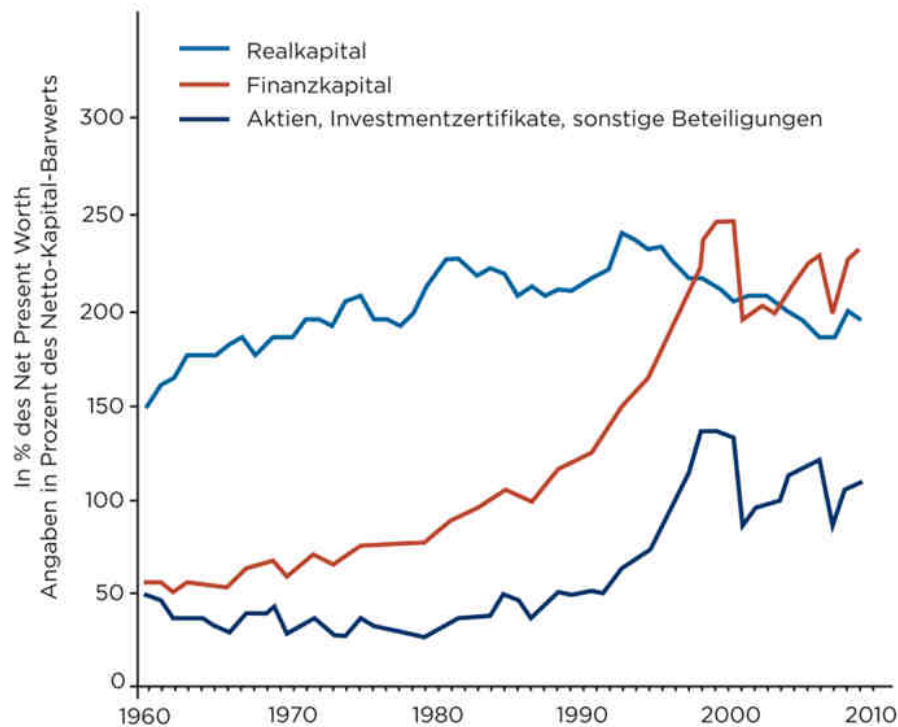
4.1 Ungleiche Verteilung als Ursache der Krise

Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Kaufkraft oder Ressourcen ist ein wesentlicher Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Durch die wachsende Schere zwischen Arm und Reich gibt es zum einen viele Menschen, die über immer weniger Kaufkraft verfügen und zum anderen große Mengen an zu veranlagenden Spekulationskapital über das nur wenige Personen verfügen.



4.2 Weniger Investitionen in Realwirtschaft

Eine florierende Wirtschaft braucht zahlungskräftige KonsumentInnen genauso wie investitionsfreudige UnternehmerInnen. Gerade in den mitteleuropäischen Staaten stagnierten die Löhne in den letzten Jahren und damit sank auch die Kaufkraft der Menschen. Der Ausweg der privaten Verschuldung hilft nur eine gewisse Zeit, die fehlende Kaufkraft zu ersetzen. Erhöhte Schuldenaufnahme zur Kompensation des Einkommensverlusts kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Lohneinkommen in absehbarer Zeit wieder stärker steigen und die zusätzliche Zinslast dadurch wieder finanzierbar wird. Nur dann kann die Inlandsnachfrage auch bei sinkenden Löhnen nachhaltig stabil gehalten werden.



Real- und Finanzvermögen von Kapitalgesellschaften in Deutschland (Schulmeister 2012).

www.diekriseverstehen.net

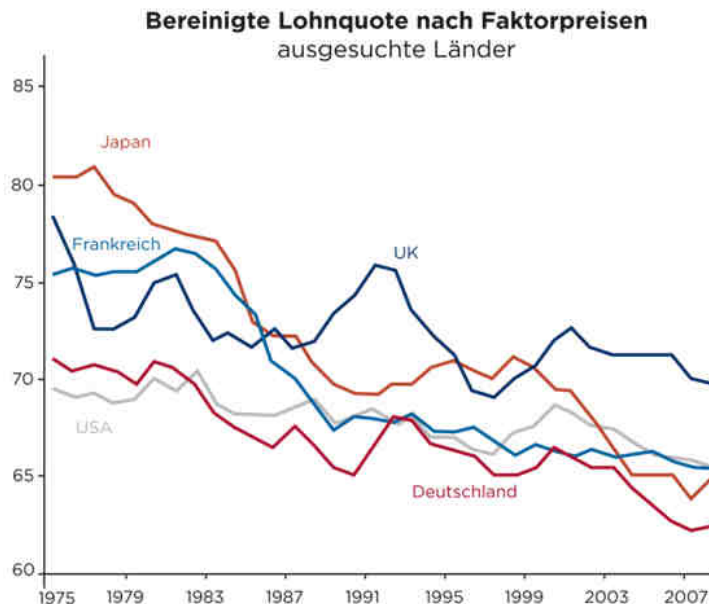
4.2.1 Unternehmen als Finanzjongleure

Wird weniger gekauft, sinkt auch die Investitionsbereitschaft der UnternehmerInnen. Als Konkurrenz zur realwirtschaftlichen Aktivität wurden Spekulation und neue Finanzprodukte als Anlagemöglichkeiten immer attraktiver, weil sie hohe Renditen versprachen und flexibler zu handhaben sind als reale Investitionen in Fabriksgebäude oder Maschinen. So kam es auf Unternehmensseite ebenfalls zu einer Verschiebung von Realproduktion hin zu Finanzveranlagung und Spekulation. Seit 1990 ist eine kontinuierliche Abnahme der Volumen in den realwirtschaftlichen Aktivitäten zu beobachten. Gleichzeitig haben sich Beteiligungen und Finanzkapital in den letzten 3 Jahrzehnten deutlich gesteigert.

Reduziert nun der Staat, wie in den südeuropäischen Ländern von IWF, EZB und EU-Kommission gefordert, in dieser Situation zusätzlich die öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Gesundheit, dann hat das die gleichen Effekte und reduziert auch Kaufkraft und Nachfrage bei steigender Arbeitslosigkeit. Die Negativspirale wird dadurch zusätzlich verstärkt und erhöhte Arbeitslosigkeit führt zu weiteren Einnahmenausfällen und Ausgabensteigerungen in den Staatsbudgets.

4.3 Stagnierende Nachfrage

Für die Mehrheit der Bevölkerung ist Arbeit die einzige Möglichkeit Einkommen zu erzielen und dadurch der maßgebliche Faktor dafür, wie viel Geld für Konsum zur Verfügung steht. Die Inlandsnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird zu einem großen Teil von den verfügbaren Einkommen der Bevölkerung bestimmt. Sinkt die Lohnquote in einem Land, so stehen private Haushalte nur vor der Möglichkeit, entweder ihren Konsum einzuschränken oder das Niveau ihrer privaten Verschuldung zu erhöhen. Sinkende Lohnquoten sind in allen westlichen Industrieländern zu beobachten, das Niveau des privaten Konsums, ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Schulden, geht daher folglich zurück. Ausnahmen bilden jene Länder, die eine stark kreditgetriebene Haushaltsnachfrage erlebten, wie USA, Großbritannien, Irland und Spanien.



Anteil der Löhne am gesamten Einkommen in Prozent (IMK, 2009).

Die Folgen des sinkenden Inlandskonsums sind eine allgemein schwache Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Daraus folgt oft Überproduktion und in weiterer Folge ein Kapazitätsabbau bei Unternehmen mit folgender Kündigung von Personal und einer Abnahme der Investitionen. Die dadurch erhöhte Arbeitslosigkeit schwächt den privaten Konsum weiter und führt zu sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben für die Staatshaushalte.

4.3.1 Exporte als Ausweg?

Eine Möglichkeit dieser Negativspirale zu entkommen, ist die erzeugten Güter und Dienstleistungen ins Ausland zu verkaufen, also eine Exportorientierung der Volkswirtschaft anzustreben und daher Handelsungleichgewichte in Kauf zu nehmen. Dabei wird die fehlende Inlandsnachfrage durch höhere Auslandsnachfrage kompensiert. Die Problematik verschiebt sich dadurch allerdings in die Importländer, wo dann heimische Produkte vom Markt verdrängt werden und dadurch Inlandsarbeitsplätze an das Ausland verloren gehen. Wenn auf fehlende Inlandsnachfrage mit Exportorientierung reagiert wird, erfolgt also nichts anderes als eine Verschiebung der Arbeitslosigkeit in das Ausland.

4.4 Faule Kredite

Die Kreditvergabe richtet sich in der Regel nach der Zahlungsfähigkeit der KreditnehmerInnen. Ist das Risiko eines Zahlungsausfalls größer, so werden höhere Zinsen verlangt oder andere Werte wie Immobilien als Sicherheiten verlangt. Die Bewertung der Sicherheiten orientiert sich an deren Marktwert. Die Einschätzung, ob der Marktwert mit den zukünftig erzielbaren Erlösen übereinstimmt, ist eine Frage der Risikobewertung der jeweiligen Bank. Kredite werden dann als „*faul*“ bezeichnet, wenn keine Rückzahlungen mehr geleistet werden und die vorgesehen Besicherung des Kredites nicht ausreicht, um die Summe abzudecken bzw. gar keine Absicherung vorhanden ist.

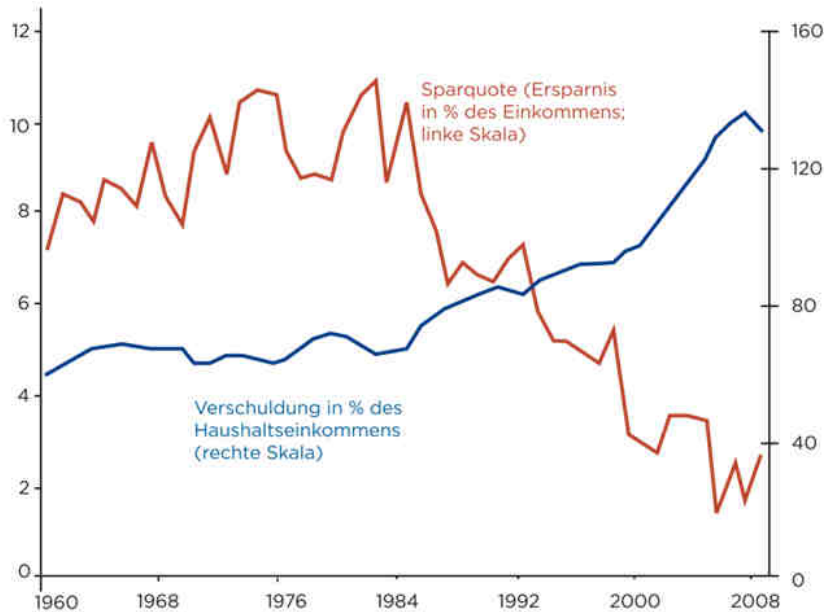
4.4.1 Falsches Vertrauen

Im Vorfeld der Finanzkrise waren es zwei Entwicklungen, die eine realistische Risikobewertung bei der Kreditvergabe systematisch unterliefen. Zum einen gelang es durch Finanzinnovationen Kredite zu versichern und zu bündeln und dadurch die wahren Risiken zu verbergen. Zum anderen fiel die Bewertung der zukünftigen Entwicklung der Marktpreise ständig positiv aus. Diese riskante Annahme führte dazu, dass sich die Kreditvergabe primär an der Erwartung steigender Preise orientierte. Es wurden in weiterer Folge auch keine Bonitätsprüfungen bei den KreditnehmerInnen mehr durchgeführt. Diese Form der Kreditvergabe („NINJA Kredite“) förderte zusammen mit den neuartigen Finanzprodukten die Entwicklung von Blasen auf den Immobilienmärkten in den USA und Spanien. Der Aufbau dieser enormen Überschuldung machte schließlich mit dem Platzen der Blase die größte Bankenrettung aller Zeiten notwendig.

4.5 Wachsende private Verschuldung

Durch die Polarisierung der Einkommensverteilung nimmt die Möglichkeit der Bildung von Ersparnissen für große Teile der Bevölkerung systematisch ab. Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen verbrauchen einen Großteil ihres Einkommens zur Deckung ihrer laufenden Fixausgaben. Der Konsum von Gesundheitsversorgung, Bildungsdienstleistungen oder Wohnraum kann zu immer geringeren Anteilen aus dem Erspartem bewältigt werden und muss dann wie etwa in den USA kreditfinanziert werden.

www.diekriseverstehen.net



Private Ersparnisse und Kreditfinanzierung der Haushaltseinkommen in den USA in Prozent zum verfügbaren Einkommen. (IMK 2009)

4.5.1 Alles auf Pump

Die Grafik zeigt die Entwicklung der US-amerikanischen Haushaltsverschuldung und ihrer Ersparnisse. Die Sparquote nahm von den 60er bis Mitte der 80er Jahre stetig zu (von etwa 8 % auf 10 %) und schrumpfte ab diesem Zeitpunkt rapide auf heute nur mehr knapp über 2 % des Einkommens. Gegengleich entwickelte sich die Schuldenaufnahme, auch hier ist Mitte der 80er Jahre eine Trendwende eingetreten und die Verschuldung nahm von etwa 40 % des verfügbaren Einkommens sukzessive zu und gipfelte im Krisenjahr 2008 bei über 130 % des Einkommens. Die Grafik verdeutlicht, wie fehlendes Einkommen durch verstärkte Verschuldung kompensiert wird. Es wird versucht das bisherige Konsumniveau und damit den Lebensstandard durch die Kreditaufnahme zu halten. Das führt zu einer Überschuldung der privaten Haushalte und erhöht das Risiko fauler Kredite, die nicht mehr zurückgezahlt werden können. Besonders wahrscheinlich ist eine solche Entwicklung im Falle von Preisblasen auf Immobilienmärkten (wie etwa in Spanien oder den USA). Mit einer solchen Blase erhöht sich die Risikobereitschaft von KreditnehmerInnen wie KreditgeberInnen signifikant, da mit einer fortwährenden Wertsteigerung der entsprechenden Immobilien gerechnet wird.

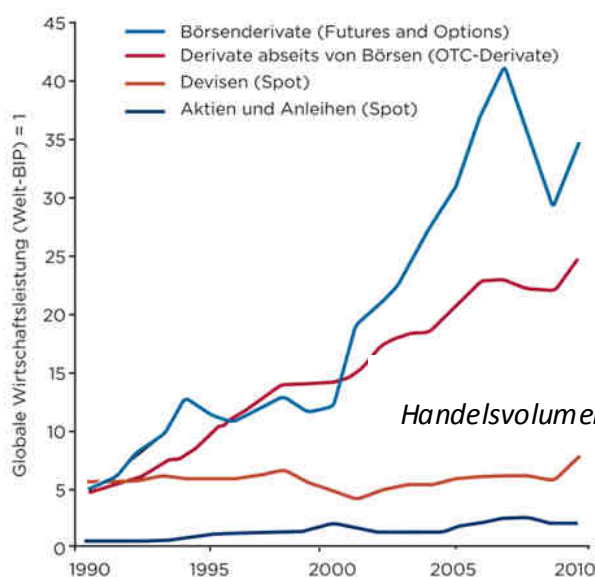
4.6 Spekulation und Rent-Seeking

Durch die Konzentration von großen Vermögen bei einer Minderheit der Gesellschaft entsteht dort der Druck, diese Gelder auch zu veranlagen. Denn die üblichen Bedürfnisse der Vermögenden sind zu einem hohen Maße bereits befriedigt. Für den alltäglichen Konsum in Form von realen Gütern und Dienstleistungen wird nur ein geringer Teil des Einkommens benötigt. Der Großteil des Vermögens wird zur Kapitalvermehrung eingesetzt eine Tendenz, die durch freie Kapitalmärkte und neue Finanzprodukte weiter verstärkt wird.

Die wirtschaftliche Orientierung der Investitionsgeschäfte verschiebt sich dadurch von der realwirtschaftlichen Produktion hin zu spekulativen Finanzgeschäften. Die Möglichkeit höhere Renditen ohne Realinvestitionen zu erzielen, drängt die Geschäftsausrichtung und folglich die Innovationskraft in Richtung Finanzwirtschaft mit der Folge, dass in der Realwirtschaft nötige Investitionen nicht durchgeführt werden und diese deshalb geschwächt wird.

4.6.1 Boom der Derivate

Die Abkehr von realwirtschaftlicher Produktion hin zu einer Finanzialisierung der Wirtschaft drückt sich besonders stark im Wachstum der internationalen Kapitalbewegungen aus. Alleine das Derivatgeschäft wuchs im letzten Jahrzehnt auf ein Vielfaches der Weltwirtschaftsleistung an. Im Moment belaufen sich die Werte der gehandelten Derivate auf das knapp 40-fache des Welt-BIPs.



Handelsvolumen von Finanztiteln im Verhältnis zum Welt-BIP (Schulmeister 2012b).

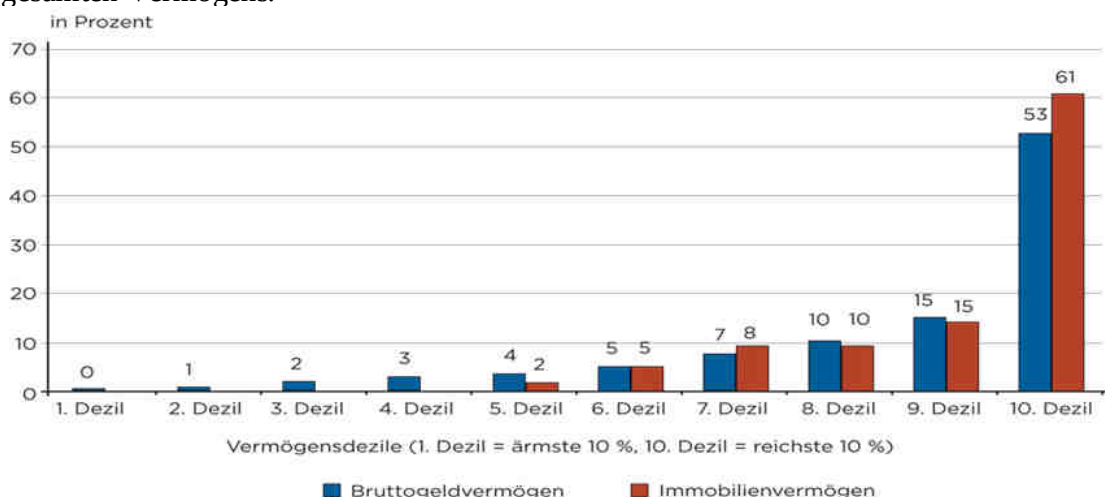
Eine zentrale Handlungsroutine ist in diesem Kontext das so genannte „Rent-Seeking“. Dieser Begriff beschreibt das Sichern von ökonomischen Renten, d.h. leistungslosen Einkommen. Dabei handelt es sich um Formen der Geschäftstätigkeit, die eine Neuverteilung des bisherigen Wohlstands zum Ziel haben. Ursprünglich bezieht sich dieser Begriff auf Erträge aus Miete und Pacht, die nicht auf Arbeitsleistung beruhen. Dieser Begriff wird nun auf eine Vielzahl anderer ökonomischer Phänomene angewendet.

4.7 Ungleiche Verteilung

In den letzten 30 Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen. Die Verteilung der Vermögen wird immer ungleicher, es sind wenige, die immer mehr besitzen und immer mehr, die gerade so über die Runden kommen.

4.7.1 Wenige besitzen immer mehr

Diese bezieht, sank in den letzten 30 Jahren um durchschnittlich 10 % und das in fast allen westlichen Industrieländern. Gleichzeitig ist der Anteil an Kapital und Vermögensgewinnen um diesen Anteil gestiegen. Diese Entwicklung führte zu Konzentration von Vermögen in den Händen einer kleinen Bevölkerungsschicht. So besitzen in Österreich die reichsten 10 % der Bevölkerung mehr als 60 % des gesamten Vermögens.

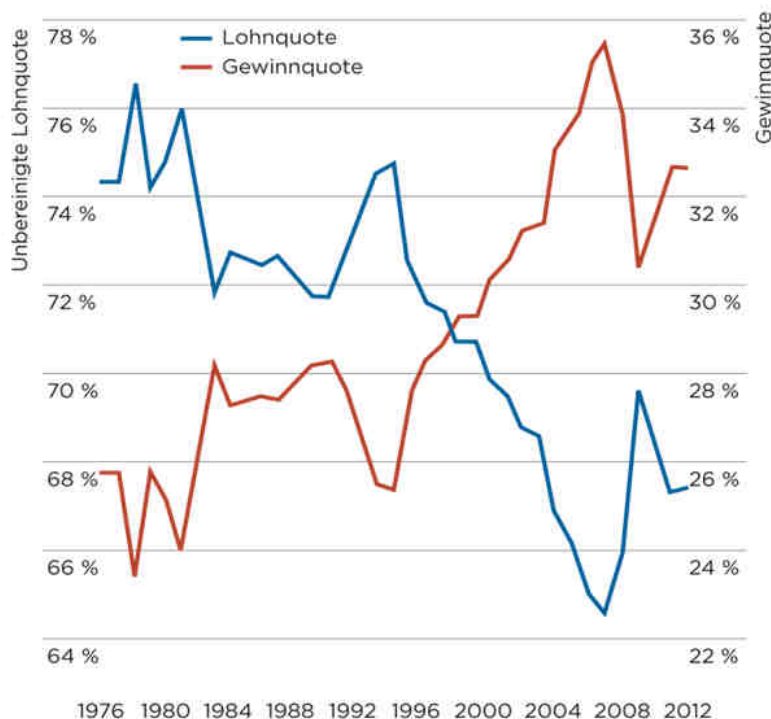


*Verteilung des Vermögens in Österreich in Vermögensdezilen (Gesamt: 1400 Mrd. €);
Schlager (2012) auf Basis von Daten aus der Geldvermögensbefragung der OeNB 2004 und
der Immobilienvermögensbefragung der OeNB 2008.*

Der Verlauf von Lohn- und Gewinnquote zeigt die Umverteilung von unten nach oben, die seit 30 Jahren stattfindet. Das erarbeitete Volkseinkommen geht zu immer geringeren Teilen an jene Menschen, die mit ihrer Tätigkeit auch erst die Grundlagen für das Wirtschaftswachstum herstellen.

4.7.2 Die breite Basis geht verloren

Eine sinkende Lohnquote sorgt nicht nur für wachsende Ungleichverteilung des Vermögens, sondern wirkt auch negativ auf den Konsum. Denn es sind die BezieherInnen von niedrigeren und mittleren Einkommen, die den Großteil ihres Einkommens zur Deckung ihres Unterhalts verwenden, nur wenig Geld sparen und sich deshalb bei stagnierenden Einkommen verschulden müssen. Der Mehrkonsum der Vermögenden in Luxusgüter kann die Breite, die an der Basis der EinkommensbezieherInnen verloren geht, nicht ersetzen. Vielmehr verwenden Vermögende größere Teile ihres Vermögen zur Spekulation. So wirkt die Ungleichverteilung in den Vermögen und Einkommen negativ auf die Inlandsnachfrage, wenn sich die privaten Haushalte nicht zusätzlich verschulden.



Lohn- und Gewinnquoten in Österreich auf Basis von Daten der EU-Kommission, Ameco-DB, AK-Wien, (Schlager 2012).

www.diekriseverstehen.net

4.7.3 Wer verdient mehr?

Doch auch innerhalb jener, die Arbeitseinkommen beziehen, nimmt die Ungleichheit sukzessive zu. So erhält etwa das oberste Prozent der EinkommensbezieherInnen in den USA über 20 % der gesamten Einkommen. In den 70er Jahren etwa betrug der entsprechende Wert noch unter 10 %. Auch in Europa lassen sich vergleichbare Tendenzen beobachten. Die Anteile der obersten EinkommensbezieherInnen nehmen sukzessive zu, während die Einkommen am unteren Ende bzw. in der Mitte der Verteilungsskala fallen oder bestenfalls stagnieren.

Ein weiterer Grund für die ungleiche Verteilung liegt in der Steuerpolitik. Hohe Einkommen, sowie Kapital- und Vermögenswerte wurden in mehreren Wellen der letzten Jahrzehnte von Steuerzahlungen befreit. Auch die Deregulierung der Finanzmärkte mit der erleichterten internationalen Kapitalmobilität und den Steuer- und Regulierungssoasen förderten den globalen Steuerwettbewerb. Als Folge dieser Entwicklung stammt nun ein hoher Teil des Steueraufkommens aus den Abgaben auf Löhne und Konsum, während Einkommen aus Vermögen, Finanzgeschäften oder andere arbeitslose Einkommen weniger zur Gemeinschaft beitragen.

5 Lernaufgaben

Aufgabe 1:

Lesen Sie sich eigenständig die folgenden Erklärungen durch, und bestimmen Sie, ob diese Aussage korrekt ist oder nicht! Wenn die Aussage nicht stimmt, korrigieren Sie die Aussage so, dass Sie stimmt.

✓	X	
		Die abnehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Kaufkraft oder Ressourcen ist ein wesentlicher Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise.
		Eine florierende Wirtschaft braucht zahlungskräftige KonsumentInnen genauso wie investitionsfreudige UnternehmerInnen.
		Wird weniger gekauft, steigt die Investitionsbereitschaft der UnternehmerInnen.
		Für die Mehrheit der Bevölkerung ist Arbeit die einzige Möglichkeit Einkommen zu erzielen und dadurch der maßgebliche Faktor dafür, wie viel Geld für Konsum zur Verfügung steht.
		Die Kreditvergabe richtet sich in der Regel nach den Verkaufszahlen der KreditnehmerInnen.
		Durch die Polarisierung der Einkommensverteilung nimmt die Möglichkeit der Bildung von Ersparnissen für große Teile der Bevölkerung systematisch zu.
		Durch die Konzentration von großen Vermögen bei einer Minderheit der Gesellschaft entsteht dort der Druck, diese Gelder auch zu veranlagen. Denn die üblichen Bedürfnisse der Vermögenden sind zu einem hohen Maße bereits befriedigt.
		In den letzten 30 Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen.

Lösung Aufgabe 1:

✓	X		
	X	Die abnehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Kaufkraft oder Ressourcen ist ein wesentlicher Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise.	zu-
✓		Eine florierende Wirtschaft braucht zahlungskräftige KonsumentInnen genauso wie investitionsfreudige UnternehmerInnen.	
	X	Wird weniger gekauft, steigt die Investitionsbereitschaft der UnternehmerInnen.	sinkt
✓		Für die Mehrheit der Bevölkerung ist Arbeit die einzige Möglichkeit Einkommen zu erzielen und dadurch der maßgebliche Faktor dafür, wie viel Geld für Konsum zur Verfügung steht.	
	X	Die Kreditvergabe richtet sich in der Regel nach den Verkaufszahlen der KreditnehmerInnen.	Zahlungsfähigkeit Verkaufszahlen könnten toll sein, dh aber nicht dass auch die Bonität optimal ist.
	X	Durch die Polarisierung der Einkommensverteilung nimmt die Möglichkeit der Bildung von Ersparnissen für große Teile der Bevölkerung systematisch zu .	ab
✓		Durch die Konzentration von großen Vermögen bei einer Minderheit der Gesellschaft entsteht dort der Druck, diese Gelder auch zu veranlagen. Denn die üblichen Bedürfnisse der Vermögenden sind zu einem hohen Maße bereits befriedigt.	
✓		In den letzten 30 Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen.	

www.diekriseverstehen.net

Aufgabe 2:

Interpretieren Sie die Zusammenhänge der folgenden beiden Aussagen!

„Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.“

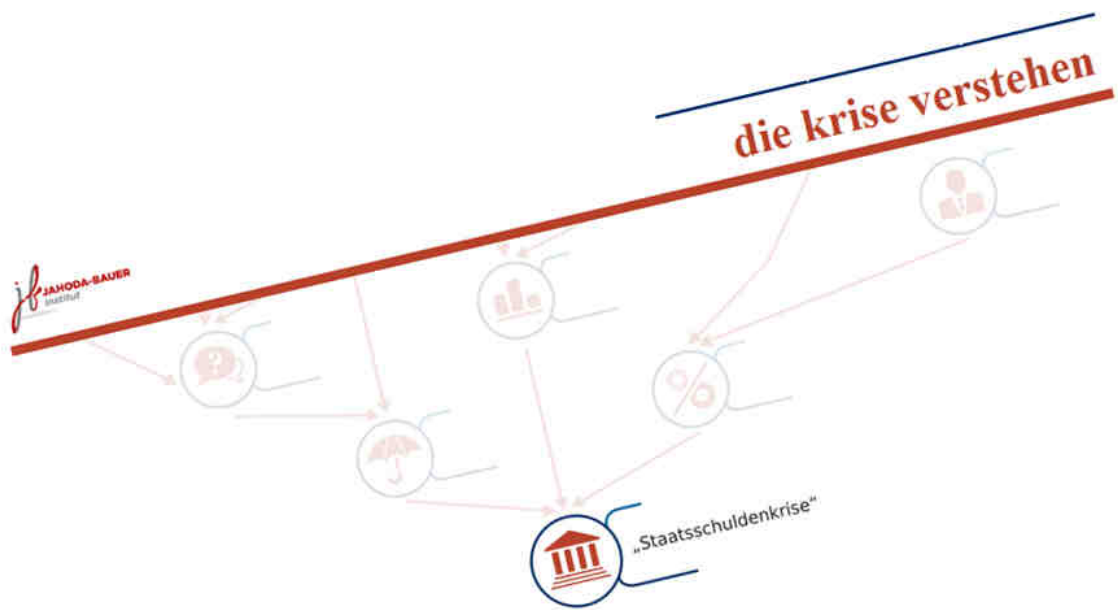
„Wenige besitzen immer mehr.“

Um Anreize für eine mögliche Verbesserung Ihrer Lösung zu erhalten, werden 4 Personen vor der Klasse Ihr Ergebnis präsentieren (Richtwert: eine Präsentation dauert ~1 min). Es präsentieren die ersten vier Personen die einen „Sechser“ würfeln. Der Würfel wird von der Lehrperson durchgegeben.

6 Abschluss der Unterrichtseinheit

Nachdem die Lernaufgabe im Plenum besprochen, auf die wichtigsten Punkte gesondert hingewiesen und aufgetretene Verständnisfehler beseitigt wurden, sollte sich die Lehrperson noch ein weiteres Mal erkundigen, ob sonstige Fragen aufgetreten sind, oder ob noch etwas unklar ist. Ist das nicht der Fall, ist es wichtig, die SchülerInnen für ihre engagierte Mitarbeit und Aufmerksamkeit zu loben, da dies ihnen Wertschätzung vermittelt und Motivation steigern kann.

Am Schluss der Unterrichtseinheit soll die Lehrperson die Hausübung sowie den Abgabetermin auf der Tafel vermerken und die SchülerInnen darauf aufmerksam machen.



Unterrichtsplanung

www.diekriseverstehen.net

4. EH für BHS/AHS der höheren Jahrgänge Thema: Solidarität in der Währungsunion

Inhalt

1	Lehrziele	3
2	Sequenzierungsplan	6
3	Unterrichtseinstieg	6
3.1	Relevanz	7
3.2	Ablauf	7
4	Informationsinput	7
4.1	Solidarität in der Währungsunion	7
4.2	Ratingagenturen	9
4.2.1	Gerechtfertigter Einfluss?.....	9
4.3	Auslandsverschuldung	9
4.3.1	Auch private Schulden zählen	11
4.3.2	Ungleichgewicht als Systemfehler	11
4.3.3	Im gleichen Boot	12
4.4	Handelsungleichgewichte in der Europäischen Union.....	14
4.4.1	Das Dilemma der Konkurrenz.....	16
4.5	Internationale Ungleichgewichte.....	16
4.5.1	Schwerwiegende Konstruktionsfehler	16
5	Lernaufgaben	18
6	Abschluss der Unterrichtseinheit.....	20

1 Lehrziele

Lehrzielkatalog zu „Solidarität in der Währungsunion“:

Unterrichtsplanung, Frühjahr 2013

Mario Bramberger

Montag, 08. Juli 2013

Angenommenes Vorwissen

- Wissen aus den drei vorangegangenen Einheiten zu diesem Thema
- Grundbegriffe im Zusammenhang mit der Finanzkrise
- Grundverständnis Bank- und Kreditgeschäfte
- Entstehung von Schulden
- Interpretation von Diagrammen
- Definition des BIP's
- Worst-Case-Szenario
- Auswirkungen der ungleichen Verteilung von Finanzkapital
- Scherenbildung

Erzieherische bzw. überfachliche Lehrziele

(sensu Grell & Grell)

- Erklären können, was Rating-Agenturen sind
- Aufgaben der Rating-Agenturen definieren können.
- Entwicklungen der Schulden verstehen können

Kategoriale inhaltliche Aspekte

- Rating-System verstehen
- Auswirkungen einer Herabstufung

	Auswendig wissen	Verstehen	Anwenden/Können	Selbst denken
Fakten				
Konzepte				
Prozeduren		LZ 1	LZ 6	LZ 2
Metakognitives Wissen			LZ 4	LZ 3 LZ 5

Beschreibung der LZ – siehe auf folgender Seite

www.diekriseverstehen.net

Die Lehrziele:

LZ1: Erklären können, was Ratingagenturen machen. Dazu den Ablauf kennen.

LZ2: Was bedeutet ein schlechtes Rating für einen Staat?

LZ3: Worst Case bei einer falschen Herabstufung eines Staates?

LZ4: Einiges zur Staatsschuldenveränderung der EU-Staaten sagen können.

LZ5: Erklärungen eventuelle und tatsächliche Gründe zu LZ 4 finden.

LZ6: Details zum 2 % Inflationsziel nennen können und Gründe aufzählen können.

2 Sequenzierungsplan

<i>Nr.</i>	<i>Phase/Aktivität</i>	<i>Material/Medien</i>	<i>Zeit</i>
1.	Unterrichtseinstieg	Beamer, Einführungsbeispiel auf Power Point Folie	5 min
2.	Informationsinput	Beamer für das Einführungsbeispiel an der Tafel, Grafik auf Power Point Folie,	25 min
3.	Lernaufgabe	Angabe auf Zettel	10 min
4.	Besprechung im Plenum	Tafel	5 min
5.	Abschluss der Stunde		5 min
Summe			50 min

3 Unterrichtseinstieg

In den vergangenen beiden Unterrichtseinheiten haben wir uns mit der Finanzkrise schon etwas auseinandergesetzt. Damit dieses Konstrukt immer konkretere Formen annimmt, werden wir auch die nächste Einheit mit diesem Thema füllen. Vieles von dem was wir in letzter Zeit über die Finanzkrise gelernt und gehört haben, werden wir auch heute wieder einbauen.

www.diekriseverstehen.net

3.1 Relevanz

Besonders wichtig ist es, dass wir nach dieser Stunde, einschätzen können, was die grundlegenden Probleme der Finanzkrise waren bzw sind. Dies sollte die Folge daraus sein, dass die Schüler und Schülerinnen die Grundbegriffe aus der Welt der Finanzwirtschaft kennenlernen.

Dieses Wissen ist für das zukünftige Alltagsleben von besonderer Bedeutung. Dieser Inhalt sollte den Schülern und Schülerinnen nicht nur helfen, Artikel in den verschiedensten Medien mit einem gewissen Basiswissen verstehen zu können, sondern ihnen auch dabei helfen, sich im Bankwesen zu Recht zu finden.

3.2 Ablauf

Zu Beginn werde ich euch die Thematik etwas detaillierter vortragen. Damit möchte ich, dass ihr die Grundbegriffe und eine Skizze rund um das Thema der Finanzwirtschaftskrise kennenlernt und damit umgehen könnt. Danach werden wir uns noch mit den Auswirkungen dieser Krise auseinander setzen.

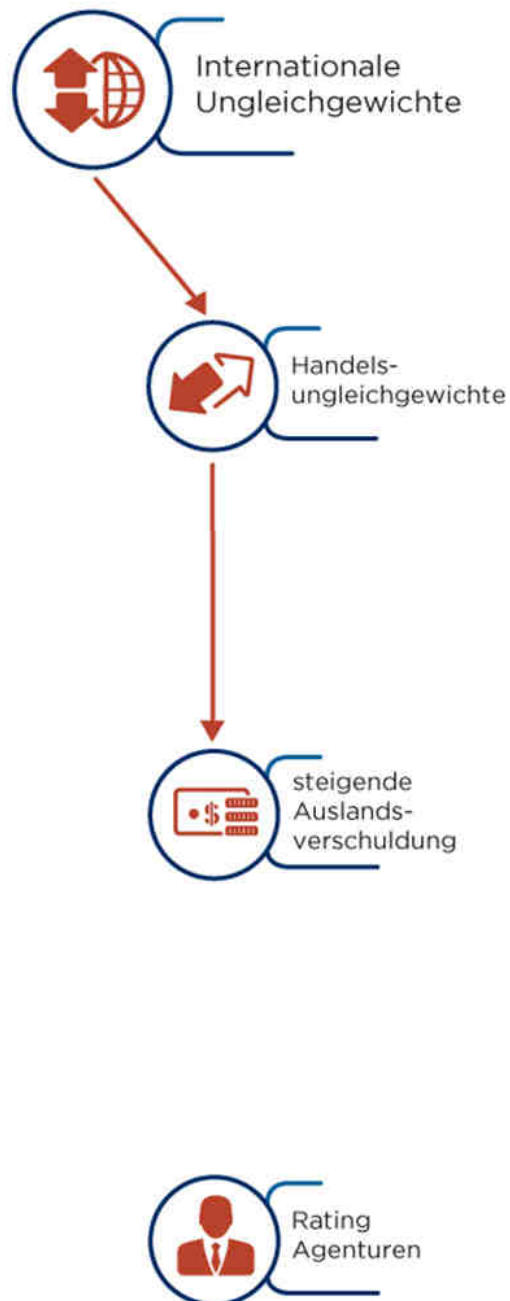
Damit ihr das Gelernte auch verfestigen könnt, habe ich eine Lernaufgabe für euch vorbereitet. Die Lernaufgabe ist dann in Partnerarbeit zu lösen.

In den letzten Unterrichtsminuten werden wir dann eure Ergebnisse im Plenum vergleichen und die wichtigsten Punkte nochmals wiederholen.

4 Informationsinput

4.1 Solidarität in der Währungsunion

In einem gemeinsamen Währungsraum wie der Euro-Zone braucht es klare Regeln, damit alle von den Vorteilen profitieren können. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden in Europa verschiedene Schwachpunkte in den Regelungen für die gemeinsame Währung sichtbar. Die dadurch entstandenen Internationalen Ungleichgewichte sind ein wesentlicher Grund für die Krise.



4.2 Ratingagenturen

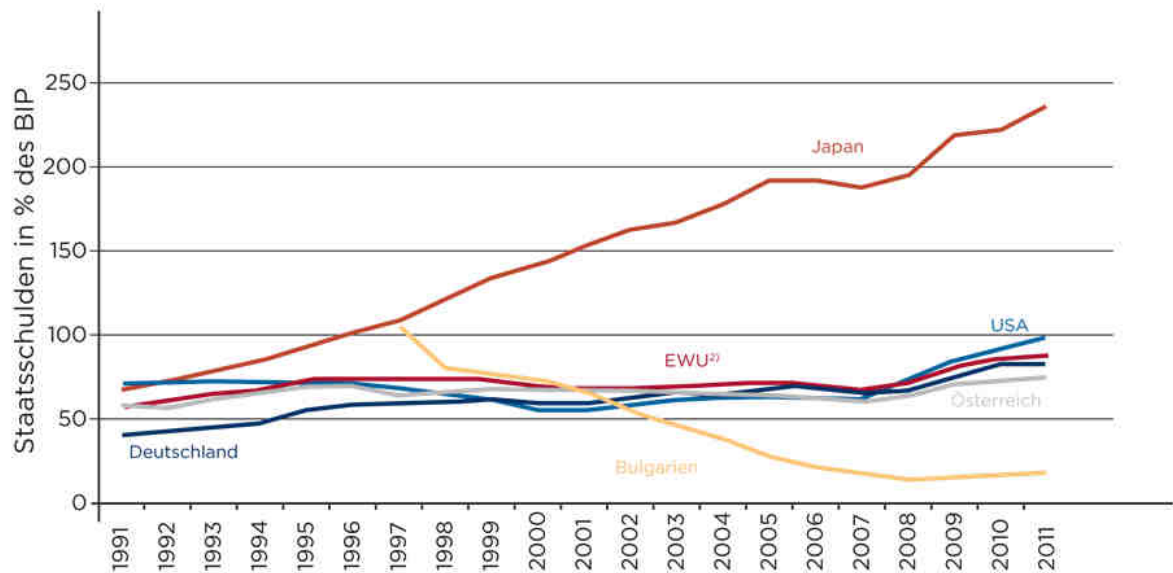
Ratingagenturen sind Einrichtungen, die Staaten und Institutionen wie Banken mit einem Vertrauensindex (Rating) versehen, das angibt, wie wahrscheinlich es ist, dass Schulden auch zurückgezahlt werden können. Ist das angenommene Risiko höher, gibt es ein schlechtes Rating und daraus folgt oft, dass auch höhere Zinsen für Kredite bezahlt werden müssen.

4.2.1 Gerechtfertigter Einfluss?

Mit dieser Orientierungsfunktion haben Ratingagenturen großen Einfluss. Denn erfolgt eine Herabstufung des Ratings, werden sich viele AnlegerInnen überlegen, ob sie ihr Geld nicht anderswo unterbringen. Auf diesem Wege kann eine kleine Veränderung im Rating eine starke Dynamik auslösen, die weit über das Ziel hinausschießt. So geraten ganze Staaten in einen Abwärtsstrudel, der bis in den Bankrott führen kann, wenn nicht gezeigt werden kann, dass es eine sichere Haftung für die Kredite gibt oder dass das Wachstum der Volkswirtschaft ausreicht, um den Schuldendienst zu bedienen. In der angespannten Situation der Krise stehen die Ratingagenturen plötzlich im Mittelpunkt des medialen und öffentlichen Interesses. Damit kann selbst eine unbegründete oder falsche Herabstufung schwerwiegende Folgen haben. Diese Machtposition bringt Ratingagenturen eine entscheidende Rolle im Rahmen der Krise ein, die funktional betrachtet durchaus mit jener eines Brandbeschleunigers vergleichbar ist.

4.3 Auslandsverschuldung

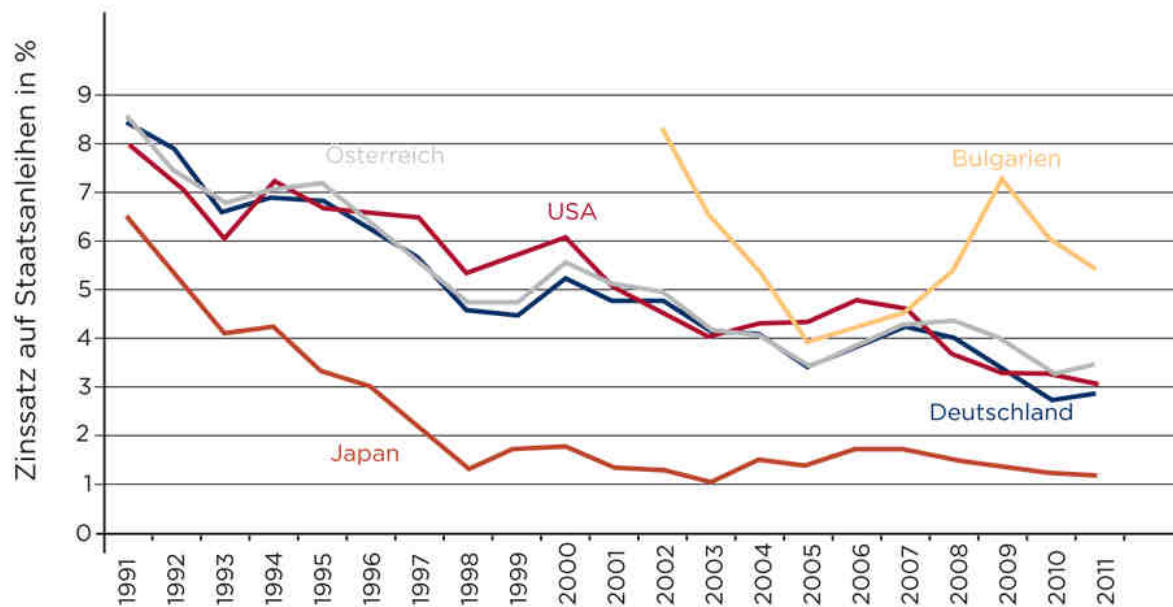
In der öffentlichen Diskussion werden Staatsschulden zumeist undifferenziert als problematisch dargestellt: Staaten mit hohem Schuldenstand seien anfällig für Spekulationsangriffe und müssten höhere Zinsen für ihren Schuldendienst leisten. Dabei ist die Sachlage allerdings nicht ganz so einfach. Zum einen zahlen Länder wie etwa Japan trotz einer exorbitant hohen Staatsschuldenquote von knapp 250 % nur sehr geringe Zinssätze. Der Hauptgrund hierfür ist, dass solche Staaten primär bei ihrer eigenen Bevölkerung verschuldet sind und sich der spekulative Zinsdruck aber erst aus international gehandelten Auslandsschulden ergibt.



¹⁾ Schuldenstand in vH des Bruttoinlandsprodukts

²⁾ 12 Länder: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederland, Österreich, Portugal, Spanien

Entwicklung der Staatsschulden (Flassbeck 2012).



Entwicklung der Zinssätze (Flassbeck 2012).

4.3.1 Auch private Schulden zählen

Zum anderen muss der Saldo des Staates bei einer Betrachtung der gesamten Schuldenlast eines Landes auch den privaten Schulden und Guthaben gegenübergestellt werden – schließlich kommen vor allem jene Volkswirtschaften unter einen starken Schuldendruck, bei denen dieser Nettosaldo – die Summe der öffentlichen und privaten Schulden gegenüber deren Guthaben – besonders negativ ausfällt. All dies geht leider in der öffentlichen Debatte, die in ökonomisch völlig unzulässigerweise auf die Frage der Staatsschulden verkürzt wird, verloren. Dabei zeigt gerade der Fall Spaniens, wie entscheidend der Faktor der privaten Verschuldung ist: Wer etwa die Begründungen der Ratingagenturen zu den Abwertungen Spaniens genau liest, wird schnell feststellen, dass deren zentrales Argument in der großen Zahl fauler Kredite liegt, die im spanischen Bankensystem schlummern. Es handelt sich also um ein Problem der privaten Verschuldung, nicht der Staatsverschuldung, die in Spanien sogar unter dem Niveau Österreichs liegt. Dennoch könnte sich dieses Problem umkehren, wenn in Spanien weitere Bankenrettungen auf Kosten des Steuerzahlers fällig werden sollten. Dieses Geld müssten sich die Spanier dann nämlich vom Ausland ausborgen.

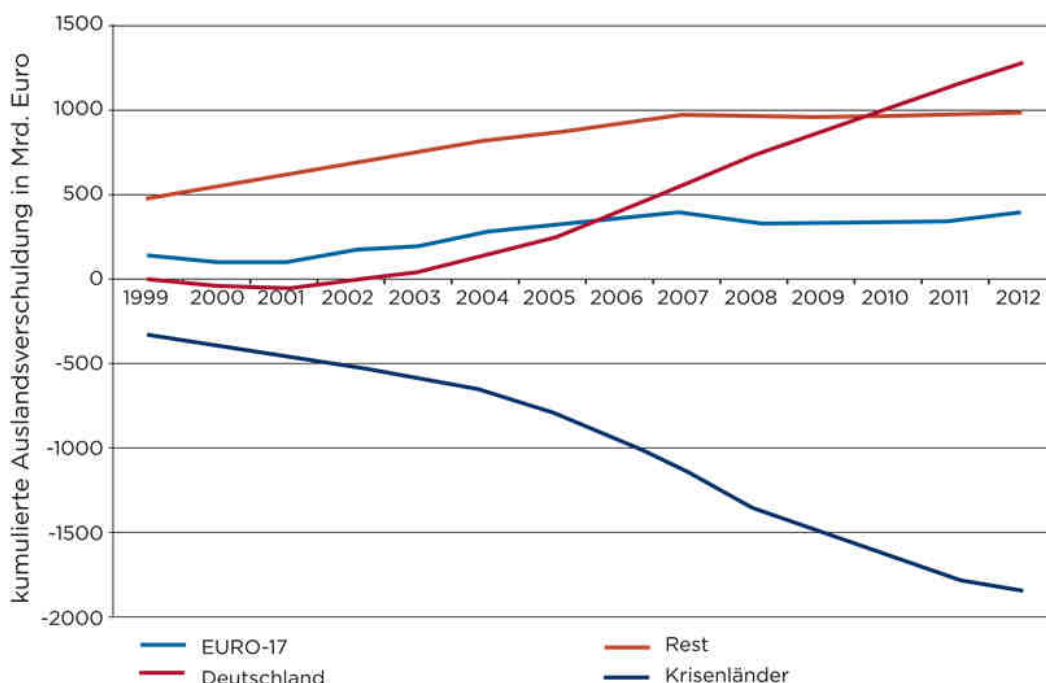
4.3.2 Ungleichgewicht als Systemfehler

Dabei führen systematische Handelsungleichgewichte, also Ungleichgewichte im Außenhandel, innerhalb einer Währungsunion automatisch zu einer höheren Auslandsverschuldung, die den Schuldendruck auf das entsprechende Land erhöht. Es macht also Sinn, zusammenfassend von den Auslandsschulden als der zentralen Quelle eines ökonomischen Schuldendrucks zu sprechen. Die Staatsschulden sind darin nur ein Faktor von vielen. Auf welchem Wege aber führen nun derartige Handelsungleichgewichte zu einem automatischen Anstieg der Verschuldung?

Der dahinterstehende Mechanismus ist sehr einfach: Importiert ein Land mehr als es exportiert, muss es sich das Geld für die überschüssigen Importe im Ausland ausborgen. In einem Fall ohne Währungsunion hat ein solches Land die Möglichkeit seine Währung abzuwerten, wodurch eigene Produkte im Ausland billiger und Importprodukte im Inland teurer werden, um so Im- und Exporte relativ auszubalancieren. Innerhalb einer Währungsunion besteht diese Möglichkeit jedoch nicht. Solange also Handelsungleichgewichten innerhalb Europas vorherrschen, steigen die Schulden der Nettoimporteure ebenso ungehemmt an wie die Guthaben der Exportländer und bringen damit unser gesamtes Wirtschaftssystem ins Wanken.

Die so entstehenden Schulden und Guthaben sind dabei auch für die „besseren Exporteure“ problematisch: Die eigenen Gewinne werden über den Umweg des Bankensektors oft im Ausland angelegt – und damit ist es kein Zufall mehr, dass vor

allein deutsche und französische Banken griechische Staatsanleihen halten. Schließlich waren die exportorientierten Länder über Jahre bereit, die (mit Ausnahme von Griechenland hauptsächlich private) Verschuldung Südeuropas aus Exportgewinnen zu finanzieren. Daraus ergibt sich eine gegengleiche Entwicklung in der Buchhaltung der Staaten innerhalb der Währungsunion. Länder wie Deutschland, Österreich, Finnland oder Niederlande sammeln immer mehr Guthaben, während die Schulden von Spanien, Italien, Griechenland oder auch Frankreich und Portugal wachsen. Die untenstehende Grafik fasst die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden zusammen und zeigt, wie stark sich die unter Druck geratenen Länder bei Deutschland verschuldet haben.



Kumulierte Auslandsverschuldung von Deutschland und den Krisenländern im Vergleich (Datenbasis: AMECO).

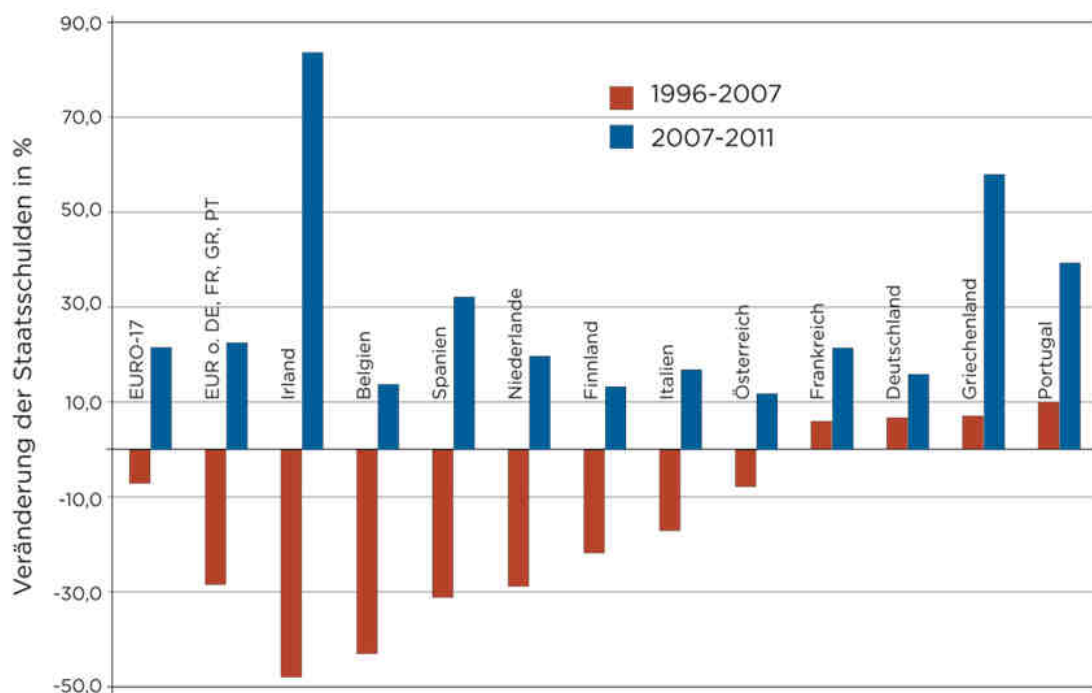
4.3.3 Im gleichen Boot

Handelsungleichgewichte führen also innerhalb einer Währungsunion automatisch zu immer stärker steigenden Auslandsschulden (und -guthaben), die ihrerseits wiederum direkt und indirekt (etwa über den Einfluss von Ratingagenturen) für zukünftige Zinssätze entscheidend sind. Damit steigt nicht nur der Druck auf die Staaten, die in Folge höhere Zinszahlungen leisten müssen, sondern jener auf den privaten Sektor

www.diekriseverstehen.net

(Banken, Haushalte und Unternehmen), deren Kredite sich ebenso erheblich verteuern.

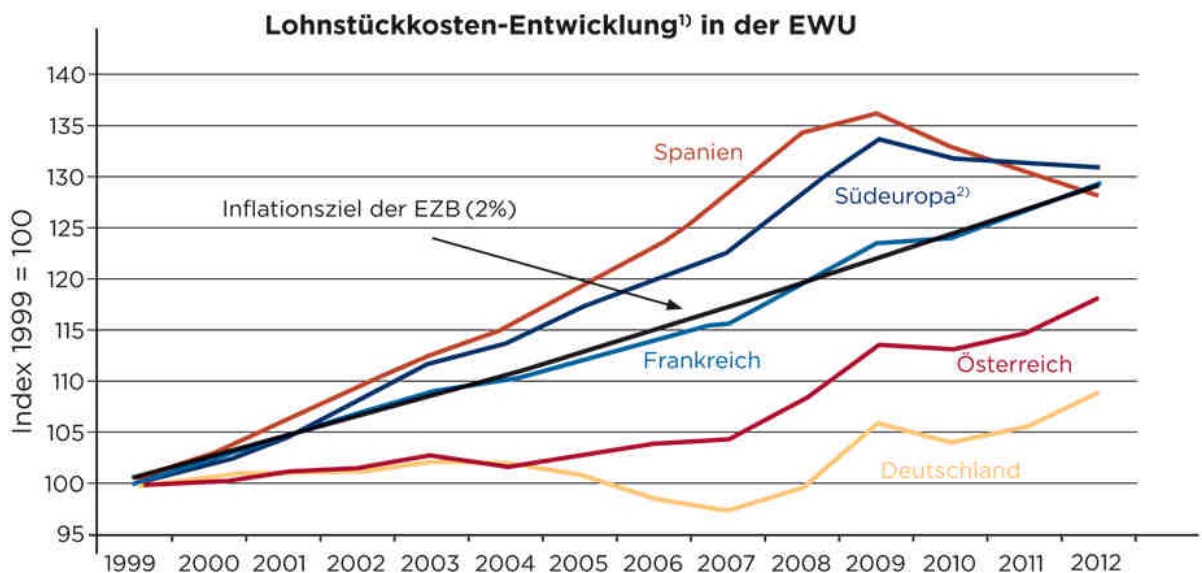
Übrigens: Wirklich stark sind die Staatschulden erst im Zuge der Wirtschaftskrise mit den Ausgaben für Konjunkturpakete und die Bankenrettung gestiegen. Nur das wird oft in der öffentlichen Diskussion ausgeblendet. Die unten stehende Grafik verdeutlicht, dass gerade Länder wie Spanien und Italien vor der Krise ihre Verschuldung reduziert haben.



Entwicklung der Staatschulden vor und nach der Krise (Schlager 2012).

4.4 Handelsungleichgewichte in der Europäischen Union

Mit der Gründung des Europäischen Währungsraums wurde ein gemeinsames Inflationsziel von 2 % vereinbart. Jedoch haben sich die europäischen Volkswirtschaften davon systematisch und in unterschiedliche Richtungen entfernt. Das 2 % Inflationsziel, das dieses Auseinanderdriften verhindern hätte sollen, wurde nur im EU-Schnitt erreicht. Während die südlichen Länder Lohnstückkostensteigerungen über der 2 %-Grenze verzeichneten, waren es vor allem exportorientierte Länder, wie Deutschland oder Österreich, die diese Grenze massiv unterboten haben.

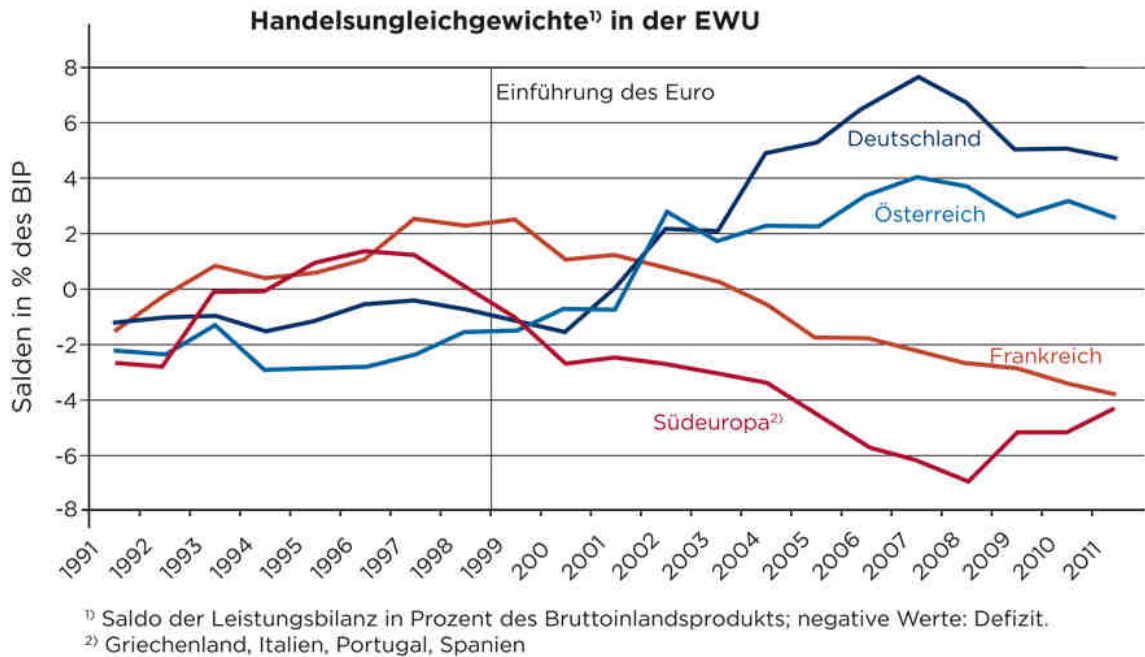


¹⁾ Index der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 1999 = 100

²⁾ Griechenland, Italien, Portugal, Spanien

Entwicklung der Lohnstückkosten in der EWU (Spiecker 2012).

Die Folge davon sind massive volkswirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum, da jene Länder, die die 2 %-Marke unterschritten haben, ihre Exporte auf Kosten der anderen Länder steigern konnten. Über diese unterschiedlichen Lohnentwicklungen kam es also zu Ungleichgewichten im Handel und damit zu einer einseitigen Verschuldung innerhalb der Euro-Zone. Das ständige Anwachsen dieser Ungleichgewichte lässt sich dabei auch graphisch darstellen.



Handelsungleichgewichte in der EWU (Spiecker 2012).

Die unterschiedliche Lohnentwicklung innerhalb der Europäischen Union wirkte sich natürlich auch auf die Handelsbeziehungen aus. So wurden Produkte aus Deutschland und Österreich relativ gesehen immer billiger und konnten dadurch leichter in den anderen EU-Ländern verkauft werden. Da die niedrigeren Preise über die geringeren Löhne zu Stande kamen, konnten die Menschen in Deutschland und Österreich auch nicht mehr die von ihnen erzeugten Produkte selbst konsumieren und die Binnennachfrage stagnierte. Dafür hatten Menschen in Südeuropa größere Einkommenszuwächse und dadurch auch zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung. Damit fand sich für die zu relativ günstigeren Preisen erzeugten Produkte auch ein Absatzmarkt – unsere Exportgewinne basieren also zu einem Gutteil auf der zusätzlichen Kaufkraft durch die verhältnismäßig großzügige Lohnentwicklung in den südlichen Euro-Ländern.

4.4.1 Das Dilemma der Konkurrenz

Diese Konkurrenz zwischen den Staaten ist keine gute Strategie innerhalb einer Währungsunion. Im konkreten Fall wird in der Öffentlichkeit Deutschlands als Exportweltmeister und oberster Musterschüler präsentiert. Exportzuwächse sind jedoch kein Selbstzweck. Sie machen aber innerhalb einer Währungsunion volkswirtschaftlich nur dann Sinn, wenn im Gegenzug und im gleichen Maße Importe ermöglicht werden, die auf die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung abzielen. Würden alle Länder in der EU einer derartigen Strategie verfolgen, ergäbe sich ein Dilemma, da aufgrund rückläufiger Kaufkraft die Rahmenbedingungen für Exportzuwächse gar nicht vorhanden wären.

Die Entwicklung der Handelsbilanzungleichgewichte zeigt im Zeitverlauf sehr deutlich, wie die Einführung der Währungsunion den exportorientierten Ländern Deutschland und Österreich über den Lohnverzicht zu positiven Salden in der Handelsbilanz verholfen hat. Auf der anderen Seite konsumierten die Länder im Süden als eine Folge der positiven Lohnentwicklung laufend mehr. Dies führte in Folge zu einem automatischen Anstieg der Auslandsverschuldung, da die entsprechenden Importe nur durch Kredite exportorientierter Länder wie Deutschland finanziert werden konnten.

4.5 Internationale Ungleichgewichte

Die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war ursprünglich mit der Hoffnung verbunden, dass eine vertiefte ökonomische Integration auch das politische Zusammenwachsen des europäischen Kontinents befördern würde. Heute erleben wir allerdings ein umgekehrtes Bild, in dem ökonomische Aspekte oft dazu genutzt werden, die Legitimität und Sinnhaftigkeit der europäischen Integration zu hinterfragen oder gewisse Mitgliedsländer gezielt anzugreifen. Es scheint so, als hätte das Ausmaß wirtschaftlicher Integration innerhalb der Europäischen Union, zumindest im Kontext der Krise, eher zu einem Auseinanderdriften Europas geführt. Doch wie konnte sich eine solche Entwicklung einstellen?

4.5.1 Schwerwiegende Konstruktionsfehler

Eine Antwort auf diese Frage liegt in der Konstruktion der Europäischen Währungsunion. Eine gemeinsame Währung verlangt nämlich von den einzelnen Mitgliedsstaaten eine gewisse wirtschaftliche Abstimmung, um gut funktionieren zu können. Dies wurde auch bei der Einführung der Währungsunion bereits teilweise berücksichtigt; schließlich sollte der so genannte „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ die Staatsausgaben der beteiligten Länder gemeinsamen Regeln zur

Haushaltsdisziplin unterwerfen. Dass dabei auch Länder wie Spanien oder Portugal, die heute auf dem öffentlich-medialen Schuldenpranger stehen, stets Musterschüler bei der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts waren (während Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien immer wieder gegen diesen verstoßen haben) wird heute nicht nur gerne zur Seite geschoben, sondern gibt auch einen Hinweis darauf, welche Aspekte bei der Einführung dieses Arrangements vergessen und übersehen wurden. Einer dieser blinden Flecken ist die Frage internationaler Handelsungleichgewichte, die aktuell die Europäische Union bis zum Zerreißen belasten. Der Grund hierfür ist, dass derartige Handelsungleichgewichte in einer Währungsunion automatisch die Auslandsschulden erhöhen. Werden die Ungleichgewichte also nicht gezielt abgebaut, entsteht ein nicht nachhaltiger Berg an privaten und öffentlichen Schulden – ohne dass die politischen AkteurInnen die Möglichkeit hätten, einer solchen Entwicklung entgegenzusteuern.

Eine Währungsunion kann also nur dann funktionieren, wenn sich alle beteiligten Länder an gemeinsame Regeln halten. Viel wichtiger als strenge Defizitregeln, wie sie der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorsieht, ist dabei die Koordination der gemeinsamen Preisentwicklung. Denn durch die gemeinsame Währung bestehen fixe Wechselkurse zwischen den Ländern. So gibt es keine Möglichkeiten mehr, unterschiedliche Preisentwicklungen durch Auf- oder Abwertung der Währungen zu korrigieren. Steigen aber die Preise in einem Land schneller als in einem anderen, so steigen die Importe dieses Landes (Importe werden relativ günstiger) und die Exporte sinken (Exporte werden relativ teurer), Handelsungleichgewichte entstehen und die Auslandsschulden wachsen, da der Zuwachs an Nettoimporten durch Auslandskredite finanziert werden muss.



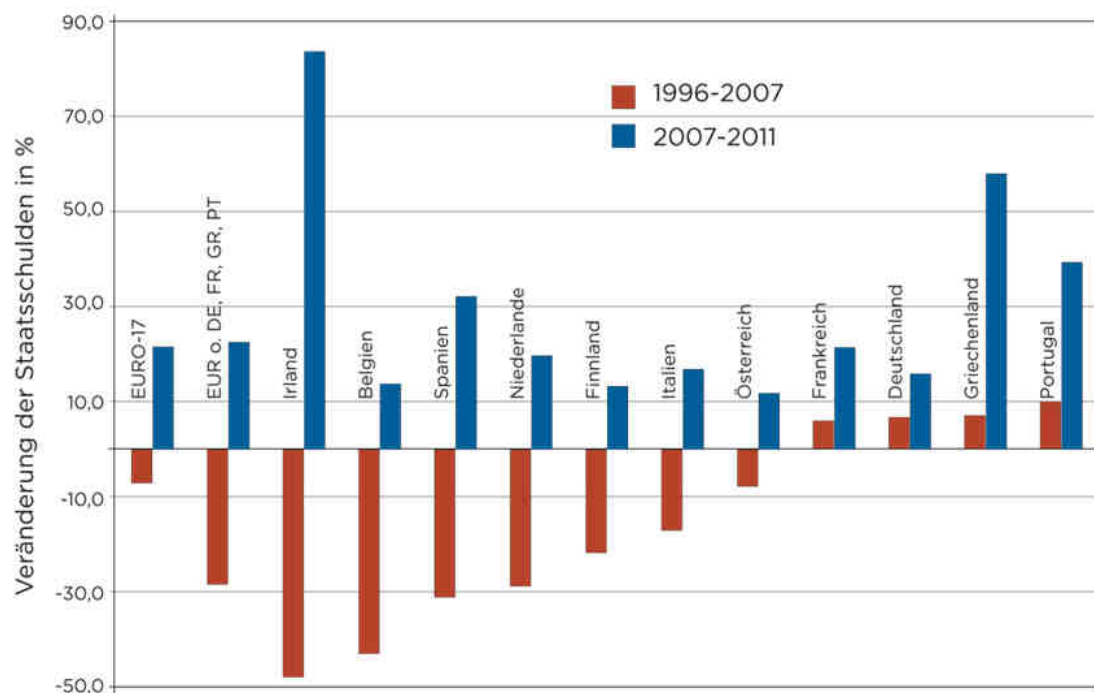
Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisentwicklung (Flassbeck 2012).

Der entscheidende Punkt für eine koordinierte Entwicklung der Preise sind dabei die Löhne. Das zeigt die Entwicklung der Lohnstückkosten, also der Löhne minus der Produktivität, im Verhältnis zu den Preisen. Beide Faktoren sind in der folgenden Abbildung gegenübergestellt. Europa fehlt es also, unter anderem, an einer koordinierten Lohnpolitik.

5 Lernaufgaben

Aufgabe 1:

Analysieren Sie die folgende Grafik und interpretieren Sie diese. Machen Sie sich Notizen! Im Anschluss folgt eine gemeinsame Analyse dieser Grafik. Sie sollten in der Lage sein, darüber zu diskutieren.



Entwicklung der Staatsschulden vor und nach der Krise (Schlager 2012).

Aufgabe 2:

Verbinden Sie jeweils zwei Satzteile zu sinnvollen, ganzen Sätzen. Das Ergebnis wird gemeinsam verglichen.

	In einem gemeinsamen Währungsraum wie der Euro-Zone braucht es klare Regeln,		dass eine vertiefte ökonomische Integration auch das politische Zusammenwachsen des europäischen Kontinents befördern würde.	
	Ratingagenturen sind Einrichtungen, die Staaten und Institutionen wie Banken		Staaten mit hohem Schuldenstand seien anfällig für Spekulationsangriffe und müssten höhere Zinsen für ihren Schuldendienst leisten.	
	In der öffentlichen Diskussion werden Staatsschulden zumeist undifferenziert als problematisch dargestellt:		damit alle von den Vorteilen profitieren können.	
	Mit der Gründung des Europäischen Währungsraums wurde		ein gemeinsames Inflationsziel von 2 % vereinbart.	
	Die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war ursprünglich mit der Hoffnung verbunden,		mit einem Vertrauensindex versehen, das angibt, wie wahrscheinlich es ist, dass Schulden auch zurückgezahlt werden können.	

Lösung Aufgabe 2:

1	In einem gemeinsamen Währungsraum wie der Euro-Zone braucht es klare Regeln,		dass eine vertiefte ökonomische Integration auch das politische Zusammenwachsen des europäischen Kontinents befördern würde.	5
2	Ratingagenturen sind Einrichtungen, die Staaten und Institutionen wie Banken		Staaten mit hohem Schuldenstand seien anfällig für Spekulationsangriffe und müssten höhere Zinsen für ihren Schuldendienst leisten.	3
3	In der öffentlichen Diskussion werden Staatsschulden zumeist undifferenziert als problematisch dargestellt:		damit alle von den Vorteilen profitieren können.	1
4	Mit der Gründung des Europäischen Währungsraums wurde		ein gemeinsames Inflationsziel von 2 % vereinbart.	4
5	Die Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war ursprünglich mit der Hoffnung verbunden,		mit einem Vertrauensindex versehen, das angibt, wie wahrscheinlich es ist, dass Schulden auch zurückgezahlt werden können.	2

6 Abschluss der Unterrichtseinheit

Nachdem die Lernaufgabe im Plenum besprochen, auf die wichtigsten Punkte gesondert hingewiesen und aufgetretene Verständnisfehler beseitigt wurden, sollte sich die Lehrperson noch ein weiteres Mal erkundigen, ob sonstige Fragen aufgetreten sind, oder ob noch etwas unklar ist. Ist das nicht der Fall, ist es wichtig, die SchülerInnen für ihre engagierte Mitarbeit und Aufmerksamkeit zu loben, da dies ihnen Wertschätzung vermittelt und Motivation steigern kann.

Am Schluss der Unterrichtseinheit soll die Lehrperson die Hausübung sowie den Abgabetermin auf der Tafel vermerken und die SchülerInnen darauf aufmerksam machen.